

LANDTAGS NACHRICHTEN

29. August

6 / 2012

www.landtag-mv.de



+++ Doppelhaushalt 2012/2013 verabschiedet +++ Vergabegesetz beschlossen +++ Aktuelle Stunde zum Grund- und Trinkwasser in Mecklenburg-Vorpommern +++ Volksinitiative zur Theaterlandschaft beraten +++ Anhörung zur Cyberkriminalität +++ Landtag vor Ort +++ Umbauarbeiten im Schlossgartenflügel +++



3	GASTKOLUMNE	„Zündstoff bietet nur der Bund“ Kommentar von Dieter Schulz, bis Juli 2012 Chefredakteur der Schweriner Volkszeitung	
4 – 20	AUS DEM PLENUM		
4 – 5	AKTUELLE STUNDE	Zustand des Grund- und Trinkwassers in Mecklenburg-Vorpommern und Konsequenzen für die Landnutzung	
6 – 22	BERICHTE	Zweite Lesung und Beschlussfassung Haushaltsplan 2012/2013 des Landes Mecklenburg-Vorpommern	
6 – 9		Positionen der Landtagsfraktionen zum Doppelhaushalt 2012/2013	
10 – 17		Beratung des Antrags der Volksinitiative „Für den Erhalt der Theater- und Orchesterstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern“	
18		Zusammenarbeit mit der Volksrepublik Polen im Energiesektor	
19		Richterliche Mitbestimmung stärken	
20 21		Verbrauch von land- und forstwirtschaftlichen Flächen stoppen	
22	WEITERE BESCHLÜSSE	Aufgabenzuordnungsgesetz Vergabegesetz Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in Deutschland Ausbauvorhaben der Häfen Rostock und Wismar Kernenergiebeirat	
23 – 24		Innenausschuss: Anhörung zur Cyberkriminalität Plenartagung EU-Ausschuss der Regionen Arbeitsgruppensitzung der Ostseeparlamentarierkonferenz	
25 – 27		PANORAMA	Sommergäste im Landtag Landtag vor Ort: Mecklenburg-Vorpommern-Tag in Stralsund, Stadtfest in Pasewalk Umbaumaßnahmen im Schlossgartenflügel
			Titelfoto (Uwe Sinnecker) Viktoria-Figur auf der Orangerieterrasse des Schweriner Schlosses

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:
 Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker,
 www.uwe-sinnecker.de

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus
 Platzgründen haben wir bei der
 Bezeichnung von Menschengruppen
 manchmal nur die männliche Form
 verwendet. In solchen Fällen ist die
 weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
 geben nicht in jedem Fall die Meinung
 des Herausgebers wieder.

Alle Abbildungen sind urheberrechtlich
 geschützt. Nachdruck nur mit schrift-
 licher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können
 kostenlos bezogen werden. Bestel-
 lungen sind an den Herausgeber zu
 richten.

Zündstoff bietet nur der Bund

Mit Beginn dieser Sitzungswoche ist seit der Landtagswahl noch nicht einmal ein Jahr vergangen – und schon heute scheint es, als hätte es gar keinen Urnengang gegeben. Der Wahlkampf, der keiner war, schlug keinerlei tiefe Wunden. Die alte und neue Koalition machte rasch, unaufgeregt und ohne gravierende Wendungen weiter. Ebenso schnell vergaßen die Christdemokraten im politischen Alltagsgeschäft ihr schlechtestes Wahlergebnis aller Zeiten (23,2 Prozent) in Mecklenburg-Vorpommern. Wurde in der Wahlnacht noch über den freiwilligen Gang in die Opposition diskutiert, geht es heute eher um den Spagat zwischen Koalitionsdisziplin und stärkerer Profilierung gegenüber den Sozialdemokraten.

Und das ist das eigentliche Problem der Landespolitik. Die große Koalition von SPD und CDU verantwortet seit 2006 sicher eine der erfolgreichsten Zeiten in der Landesentwicklung. Somit gab es weder aus der Sicht der Wähler noch aus der der handelnden Personen einen wirklichen Grund zum Wechsel. Erwin Sellering und Lorenz Caffier führen dann auch die Koalition mit zumeist bewährtem Personal eher weiter, als es denn einen Neuanfang gab. Die gute Haushaltsdisziplin der vergangenen Jahre und die noch bessere Einnahmesituation geben der Regierung Handlungsspielräume. Allerdings weckt dies auch Begehrlichkeiten und könnte bei einem Durchschlagen der Euro-Krise auf den Landeshaushalt zu ernstesten Verteilungskämpfen führen. Größtes innenpolitisches Konfliktpotenzial dürften die Folgen der Kreisgebietsreform bergen. Hier ist der Widerspruch von Theorie und Praxis wohl kaum einem der betroffenen Kommunalpolitiker schönzureden.

„ Auf jeden Fall werden die nächsten Monate spannender als die vergangenen. „

Derartige Problemfelder können SPD und CDU allerdings untereinander klären; gegen die Opposition sind sich die Regierungspartner einig, weder Linkspartei noch Grüne konnten bislang wirkliche Impulse setzen. Und noch eines fällt auf: Probleme in diesem ersten Jahr der neuen Legislaturperiode gibt es eigentlich nur da, wo Grundlegendes verändert wurde.



Foto: privat

Dieter Schulz begann seine journalistische Laufbahn beim Nordkurier in Neustrelitz und war zuletzt Chefredakteur der Schweriner Volkszeitung. Seit 1. August verantwortet er für die medienholding: nord (zu der auch die „Schweriner Volkszeitung“ gehört) die Sonntagszeitung in Schleswig-Holstein.

Problemfall 1: Das neu zugeschnittene Energieministerium kommt mit der Energiewende nicht wirklich voran. Regenerative Energien finden zwar (fast) alle gut, bei Windparks und Strom-Trassen direkt vor der Haustür sieht dies allerdings etwas anders aus. Dazu kommen fehlende Gesetze und Hemmnisse beim Bund, die Volker Schlotmann zusätzlich in Bedrängnis bringen. Allerdings: Während es beim neuen Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung eher für die Bürger verborgen hinter verschlossenen Türen knirscht, sieht das beim Kabinettsneuling Mathias Brodkorb ganz anders aus.

Problemfall 2: Die öffentliche Darstellung des Kultusministeriums. Massiver Unterrichtsausfall, Probleme mit dem Datenschutz, Massendemonstrationen für den Erhalt der Theater, erst die gescheiterten Verhandlungen mit Donata Herzogin zu Mecklenburg von Solodkoff, dann das Auftauchen der eigentlich vertraulichen Liste mit den fast 260 Kunstgegenständen – wenn ein Minister in die Schlagzeilen geriet, dann war es meistens Mathias Brodkorb.

Allgemein gehen die Kabinettskollegen im politischen Alltag eher sanft miteinander um, von kleineren Reibereien, wie zum Beispiel der Diskussion zwischen Wirtschaftsminister Harry Glawe (CDU) und Sozialministerin Manuela Schwesig (SPD) um das „Gesundheitsland“ M-V, einmal abgesehen.

So werden in den nächsten Monaten wohl auch eher die Bundespolitik und die Bundestagswahl im Herbst 2013 für Zündstoff im Land sorgen. Im Focus wird dann insbesondere Manuela Schwesig in ihrer Funktion als Bundes-Vize der SPD stehen. Berliner Ambitionen werden ihr ja von verschiedenen Seiten immer wieder nachgesagt, zugetraut oder nahegelegt – je nach eigenem Interesse. Auf jeden Fall werden die nächsten Monate aus meiner Sicht spannender als die vergangenen.

Dieter Schulz

Grüne sehen Grundwasser in Gefahr

Umweltminister weist in Aktueller Stunde Kritik zurück

Die Grünen fürchten um die Qualität des Grundwassers in Mecklenburg-Vorpommern. Deshalb hat die Fraktion in der Aktuellen Stunde am 20. Juni das Thema „Zustand des Grund- und Trinkwassers in Mecklenburg-Vorpommern und Konsequenzen für die Landnutzung“ auf die Tagesordnung gesetzt. Der EU-Grenzwert für die Nitratbelastung sei stellenweise überschritten, hieß es. Der Agrar- und Umweltminister wies die Vorwürfe zurück.

Das Land widme dem Gewässerschutz zu wenig Aufmerksamkeit, sagte **Dr. Ursula Karlowski** (B' 90/DIE GRÜNEN). Es tue zu wenig, um den Nährstoffeintrag durch die Landwirtschaft weiter einzudämmen. Die Agrarexpertin verwies auf vielfach hohe Schadstoff-Belastungen des Grundwassers, aus dem 85 Prozent des Trinkwassers gewonnen werde. Noch gelinge es, die Schadstoffe so zu entfernen, dass die Bevölkerung nicht gefährdet werde. Der Aufwand ist ihren Worten nach jedoch beträchtlich. Sie forderte unter anderem, bestehende Trinkwasserschutzgebiete auch dann zu erhalten, wenn die Brunnen in dem Gebiet nicht mehr genutzt werden. Grundwasserschutz bedeute in erster Linie, bei der Landnutzung umzusteuern. Vielfältige Fruchtfolgen, der Anbau von Eiweißpflanzen und ökologischer Landbau würden sich positiv auf Klima und Grundwasser auswirken, sagte die Abgeordnete.

Agrar- und Umweltminister **Dr. Till Backhaus** wies die Vorwürfe zurück. Das Trinkwasser in Mecklenburg-Vorpommern stehe dem im Handel erhältlichen Mineralwasser nicht nach. „In unserem Land ist Trinkwasser in höchster Qualität vorhanden“, betonte er. Der Grund- und Trinkwasserschutz werde auch immer eine Aufgabe von „allerhöchster Bedeutung“ bleiben. Von 1991 bis 2006 habe das Land rund 280 Millionen Euro allein in die Trinkwasseraufbereitung investiert und 27 Wasserwerke neu gebaut. Seit über zehn Jahren habe es im gesamten Land keine wesentlichen Überschreitungen

der Qualitäts-Parameter gegeben. Sowohl bei Phosphat- als auch bei Nitratreinträgen sei ein Rückgang zu verzeichnen. Allein im Jahr 2012 seien in Mecklenburg-Vorpommern rund 46.900 Tonnen organische Belastungen aus den Abwässern herausgefiltert worden.

Burkhard Lenz (CDU) warf den Grünen vor, die Bevölkerung zu verunsichern. „Für die Menschen in unserem Land steht Trinkwasser jederzeit in ausreichender Menge und in sehr guter Qualität zur Verfügung“, betonte er. Das Trinkwasser werde durch Wasserversorger und Gesundheitsämter regelmäßig überprüft. Er verteidigte zudem den Einsatz von Düngemitteln in der Landwirtschaft, „denn sichere und qualitativ hochwertige Ernten sind ohne Pflanzenschutz und mineralische Düngung nicht möglich“. Die Mittel dürfen seinen Worten nach nur dann verwendet und vermarktet werden, wenn sie amtlich zugelassen sind. Voraussetzung hierfür sei, dass Auswirkungen auf Mensch, Tier und Grundwasser ausgeschlossen sind. Mit organischen Düngern allein könne die Welternährung künftig nicht gesichert werden.

Nach Auffassung von **Prof. Dr. Fritz Tack** (DIE LINKE) gehört der Schutz natürlicher Ressourcen zu den vorrangigen Aufgaben des 21. Jahrhunderts. Deutschlandweit verbrauche eine Person im Durchschnitt pro Tag 130 Liter Trinkwasser. Dessen Qualität werde vom Umweltverhalten der Menschen beeinflusst. „Sauberes Wasser ist auch ein entscheidender Standortfaktor für die Land- und Forstwirtschaft, für den Tourismus, für Industrie und Fischerei und soll es auch zukünftig bleiben“, betonte er. Die Landwirte als Hauptnutzer würden verantwortungsbewusst mit der Ressource umgehen. Dazu würden auch die strengen Regelungen für den Einsatz von Dünger und Pflanzenschutzmitteln beitragen. Große Betriebe könnten mit modernster Technik die Düngemittel und Pflanzenschutzmittel „extrem genau“ dosieren.

Fotos: Uwe Baleski



Dr. Ursula Karlowski (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Umweltminister Dr. Till Backhaus

Der NPD-Abgeordnete **Stefan Köster** kritisierte die Wahl des Themas für die Aktuelle Stunde. „Ein sachlicher Antrag mit mindestens einer Forderung wäre angemessener gewesen“, sagte er. Die Angst vor krankmachendem Trinkwasser sei naturgemäß groß. Verunreinigungen seien vor allem Folge „der maßlosen und ausbeuterischen Landwirtschaft, die häufig nicht mehr im Einklang mit den Naturgesetzen steht“. Er bemängelte auch die hohe Anzahl von Biogasanlagen, die in „erschreckender Weise“ zunehme. Eine an Naturgesetzen orientierte Landwirtschaft sei nur möglich, wenn „wir uns von Europas Unglück, also der Europäischen Union und der kapitalistischen Diktatur, lösen würden“, sagte der NPD-Abgeordnete.

In Deutschland werde kein Lebensmittel so kontrolliert wie das Trinkwasser, hob **Katharina Feike** (SPD) hervor. Dies treffe auch für das Grundwasser zu. Im letzten umfassenden Gewässergütebericht von 2008 komme zum Ausdruck, dass es bei einer tendenziellen Verbesserung der Gewässergüte vereinzelt Probleme mit der stofflichen Belastung regionaler Grundwasservorkommen gibt. Grundsätzlich aber habe

Nitratgrenzwert

Die Qualität des Trinkwassers muss in Deutschland hohen Anforderungen genügen. Die Trinkwasserverordnung, mit der die EG-Trinkwasserrichtlinie in nationales Recht umgesetzt worden ist, gibt diese verbindlich vor. Für Nitrat im Trinkwasser liegt der Grenzwert bei 50 mg/Liter. Die Grenzwerte der Mineralwasserverordnung liegen teilweise sogar über denen der Trinkwasserverordnung. Mineralwasser muss nicht auf seinen Pestizid- und Nitratgehalt geprüft werden.

sich die Qualität des Grund- und Trinkwassers seit Anfang der neunziger Jahre wesentlich verbessert. Als Grund nannte sie unter anderem die Modernisierung der Abwasserentsorgung. Auch die Abnahme der Viehbestände, neue technologische Verfahren der Gülleeinbringung und der sensible Einsatz von Pflanzenschutzmitteln hätten dazu beigetragen. Das Thema werde auch bei einer Anhörung zur Agrar-Forschung eine Rolle spielen, die ihre Fraktion beantragt habe.



Burkhard Lenz (CDU)



Stefan Köster (NPD)



Prof. Dr. Fritz Tack (DIE LINKE)



Katharina Feike (SPD)

Fotos: Uwe Balewski

Keine neuen Schulden

Landtag beschließt Doppeletat 2012/2013

Haushalt 2012/13

Mecklenburg-Vorpommern nimmt die Schuldenbremse ernst und verzichtet weiterhin auf neue Kredite zur Finanzierung seiner Ausgaben. Der Landtag beschloss am 20. Juni mit dem Stimmen der Koalitionsfraktionen SPD und CDU den Doppeletat für 2012 und 2013. Er sieht Ausgaben von 7,2 Milliarden Euro pro Jahr vor. Gut die Hälfte sind eigene Steuereinnahmen. Der Rest fließt insbesondere über Sonderzuweisungen des Bundes im Rahmen des Solidarpaktes, den Länderfinanzausgleich und als EU-Mittel in die Kassen des Landes.

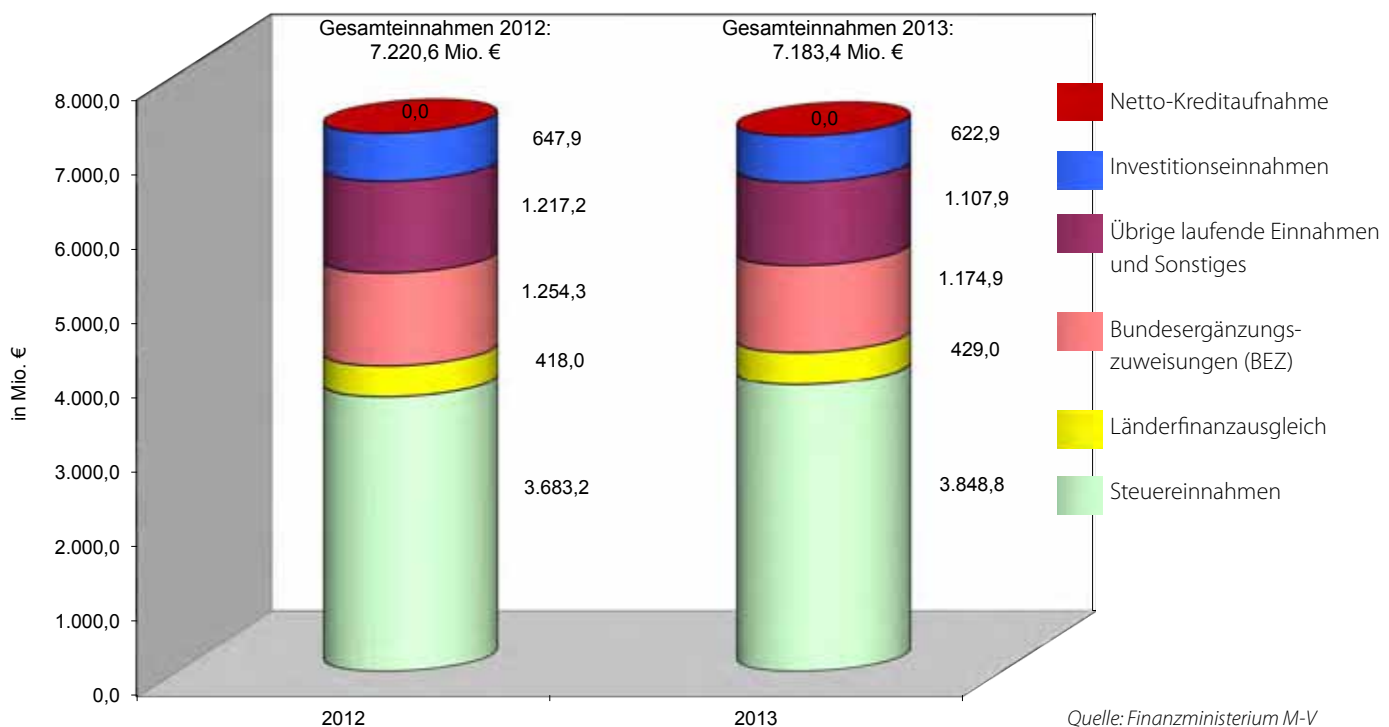
Die gute Wirtschaftslage sorgt für mehr Geld als erwartet. Die Koalitionsfraktionen ließen dennoch mit dem Hinweis auf den hohen Schuldenberg nur maßvolle Aufstockungen zu. Der auf 2019 begrenzte Solidarpakt und die geringer werdenden Zuwendungen aus Brüssel erforderten einen Sparkurs, hieß es. Die Oppositionsfraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen dies als vertane Chance und forderten Mehrausgaben. Sie warfen der Koalition vor, dem Spardiktat Investitionen in wichtige Zukunftsbereiche zu opfern. Dazu zählten neben der Bildung auch die Energiewende und die Kommunen. Dem widersprachen Redner von SPD und CDU. Die Regierung habe Schwerpunkte in der Wirtschaftsförderung, bei der Energiewende, bei Bildung sowie bei Familien und Kindern gesetzt.

Der Abschlussdebatte gingen dreimonatige Beratungen voraus. Das Parlament stimmte schließlich 17 Änderungen am Haushaltsentwurf der Regierung zu. Damit sind Mehrausgaben von rund 12 Millionen Euro pro Jahr verbunden. Dem Landtag lagen zur abschließenden Haushaltsberatung mehr als 100 Änderungsanträge der Opposition vor, die in den 31 Ausschussberatungen keinen ihrer Vorschläge durchsetzen konnte. Die von den Abgeordneten aufgenommenen Zusatzgelder kommen unter anderem dem Schweriner Theater, der Forschung an den beiden Leibniz-Instituten, den Studentenwerken und dem Sportbund zugute. Trotz dieser Mehrausgaben muss das Land keine neuen Schulden machen.

Ausgeglichener Landeshaushalt

Seit 2006 sind die Landeshaushalte in Mecklenburg-Vorpommern ausgeglichen, zwischenzeitlich wurden sogar geringe Teile des Zehn-Milliarden-Euro-Schuldenberges durch Tilgung abgetragen. Dennoch schlagen die Kreditzinsen jährlich mit knapp 400 Millionen Euro zu Buche.

Haushaltsplan 2012 / 2013 (Einnahmen)



Die Haushaltsdebatte

Haushalt 2012/13



Wie der Vorsitzende des Finanzausschusses, **Torsten Koplín**, zu Beginn der Etatdebatte sagte, werden die Mehrausgaben durch geringere Zinsaufwendungen ausgeglichen. Er bemängelte, dass viele Vorschläge der Opposition im Ausschuss nicht sachlich diskutiert, sondern „schlichtweg niedergestimmt“ worden seien. Er regte an, der Ausschuss solle in Zukunft „mutiger mit Vorschlägen von Sachverständigen und Petenten umgehen und geeignete Änderungen am Haushalt und am Gesetz vornehmen“. Der rechtsextremen NPD warf er vor, sich an den Etatberatungen kaum beteiligt zu haben, am Schlußtag aber mehr als 50 Anträge vorzulegen. Das habe mit seriöser Etatberatung nicht zu tun.

geringer scheine. Der bisherige Weg habe sich als richtig erwiesen. „Mecklenburg-Vorpommern zählt zu den ganz wenigen Bundesländern, die keine Schulden aufnehmen. Und das schon seit 2006. Da sind wir den meisten anderen Ländern weit voraus“, sagte Erwin Sellering. Trotz der Haushaltsdisziplin setze die Koalition aber auch Schwerpunkte – in der Wirtschaftsförderung, bei der Energiewende, bei den Schulen und bei Familien und Kindern. Insbesondere für die Kinderbetreuung gebe es gegenüber den Vorjahren mehr Geld.



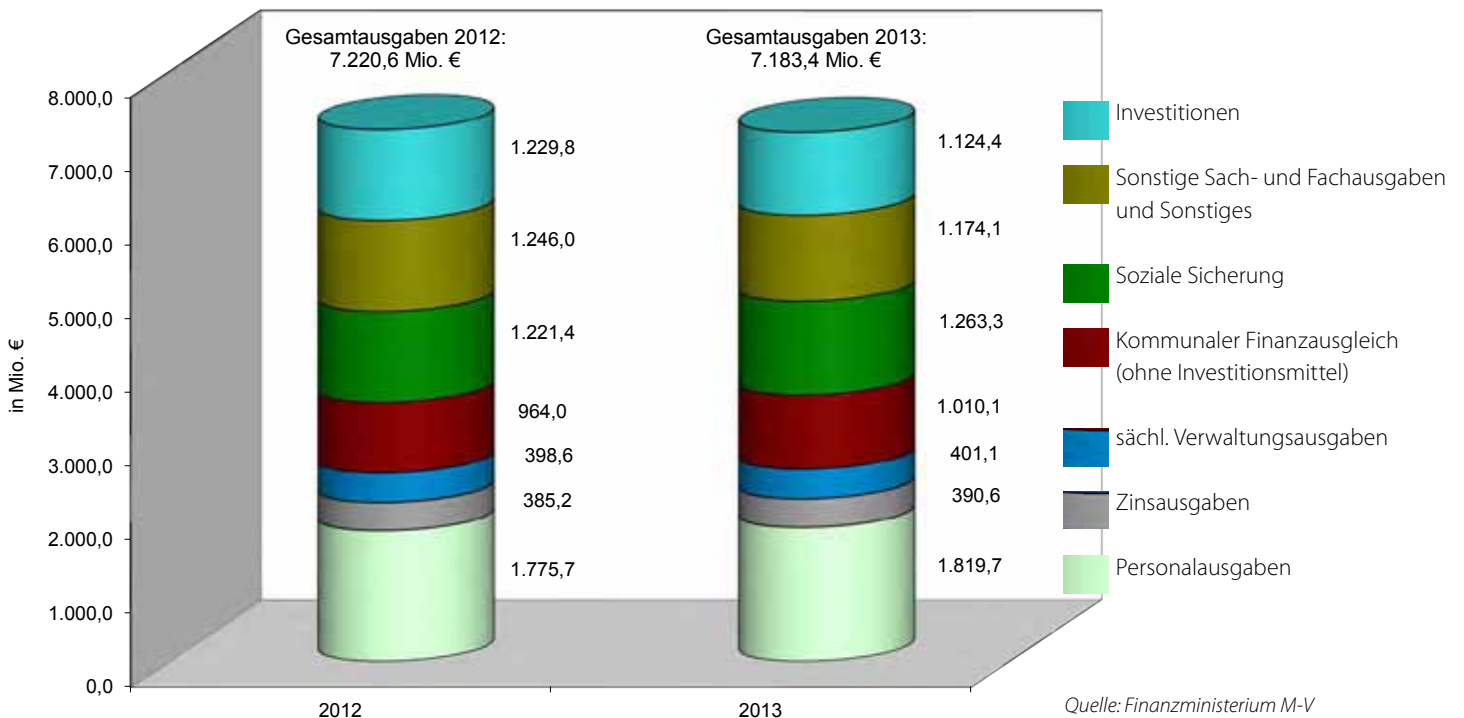
Ministerpräsident **Erwin Sellering** hat den Sparkurs des Landes verteidigt. Forderungen der Opposition nach Mehrausgaben wies er entschieden zurück. „Wir müssen die solide Finanzpolitik fortsetzen“, betonte der Regierungschef. Das gelte gerade in Zeiten, in denen wegen sprudelnder Steuereinnahmen der Druck auf die Landeskasse



Linke-Fraktionschef **Helmut Holter** übte scharfe Kritik an der Koalition. In den Etatberatungen habe bei SPD und CDU „große Lustlosigkeit“ geherrscht, Vorschläge der Opposition seien allesamt abgelehnt worden. Er bezeichnete die Etatberatung als „Theatervorstellung“ mit absehbarem Ausgang, die beim Publikum, den Menschen im

Land, große Enttäuschung hinterlasse. Den Vorwurf, seine Partei wolle Ausgaben auf Pump, wies Holter zurück: „Niemand will hier neue Schulden“, sagte er. Der Haushalt biete aber genügend Gestaltungsspielraum. „Packen Sie heute die Probleme an und investieren Sie vor allem mehr in Bil-

Haushaltsplan 2012 / 2013 (Ausgaben)



Die Haushaltsdebatte

„und Kommunen“, forderte er die Koalition auf. Ansonsten müsse das Land einen vielfach höheren Preis für die Versäumnisse zahlen.



CDU-Fraktionschef **Vincent Kokert** verteidigte den Etat. Er wies die Forderungen der Linken nach Mehrausgaben in Höhe von 160 Millionen Euro zurück. „Die Linke will nur Geld ausgeben, aber nichts einsparen“, sagte er. Damit begeben sie sich auf eine „finanzpolitische Geisterfahrt“. Die Rücklage von rund 500 Millionen Euro könne nicht einfach „unter die Leute“ gestreut werden. Es sei verantwortungsvoller, das Geld für „schlechtere Zeiten“ zu sparen, auch um 2019 auf eigenen Beinen zu stehen. Den Grünen warf er vor, „überbordende“ Forderungen zum Naturschutz zu stellen. Die Koalition nehme den Natur- und Artenschutz ernst. Aber das Land müsse auch verantwortungsbewusst mit dem Geld der Steuerzahler umgehen.



„Bei der Energiewende muss die Regierung zum Jagen getragen werden“, kritisierte der Grünen-Abgeordnete **Johannes Saalfeld**. Den Verbraucherschutz verliere die Landesregierung gleich ganz aus dem Auge, und der ökologische Landbau könne kaum auf Hilfe hoffen. „Dieser Haushalt ist wahrlich keine Liebeserklärung an unser Land“,

beklagte der Parlamentarier. Die Regierung forderte er zu Ehrlichkeit auf. Der Haushalt sei nicht ausgeglichen. „Wir müssen mit dem vorliegenden Haushalt mindestens 150 Millionen Euro zusätzliche Kredite aufnehmen“, betonte er. Der Haushaltsausgleich gelänge nur durch einen Rückgriff auf die sogenannte Rücklage. Und diese bestehe lediglich aus einem noch nicht ganz ausgeschöpften Kreditrahmen. Mit jedem Griff in die Rücklage steige jedoch die Zinsbelastung.



Der SPD-Abgeordnete **Tilo Gundlack** sieht Mecklenburg-Vorpommern auf einem guten Weg, die Zukunft aus eigener Kraft meistern zu können. Der Haushaltsentwurf halte sich an die Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag und sei das politisch Machbare. Unter anderem mit Mindestlohn und Sonderfonds für Kommunen trage der Entwurf eine „deutliche sozialdemokratische Handschrift“. Die Absenkung der Kosten für einen Krippenplatz um 100 Euro nannte

er eine wichtige Maßnahme zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Verbesserung des Betreuungsschlüssels in den Kitas von derzeit einer Betreuungskraft für 17 Kinder auf 1:16 im Jahr 2013 sei bereits finanziell unterlegt. Als Neuerung im Haushalt nannte er den Plenarsaalbau. Die SPD-Fraktion stehe hinter dem Bauprojekt.



NPD-Fraktionschef **Udo Pastörs** warf der Regierung vor, sie habe mehr als eine Viertelmillion Menschen seit der „sogenannten Wende“ aus dem Land „regelrecht weggeekelt“. Er vermisse Gelder im Haushalt, die unter anderem dazu beitragen, die Jugend im Land zu halten und wissensbasierte Arbeitsplätze zu schaffen. „Wo sind in Ihrem Haushalts-

entwurf die Gelder, die nötig wären, um den Gemeinden vor Ort nach Schließung der Bundeswehrstandorte praktisch zu helfen?“, setzte er die Aufzählung fort. Die „soziale Kälte“ im Haushalt sei unerträglich. Er kritisierte die Mittelserhöhung für die Jüdische Gemeinde in Mecklenburg-Vorpommern auf 380.000 Euro, „finanziert aus dem Portemonnaie des kleinen Mannes“. Er sprach in diesem Zusammenhang von „Volksverrat“.



Auch Finanzministerin **Heike Polzin** wehrte Forderungen nach weiteren Mehrausgaben ab: „Wir werden unseren Haushalt nicht über neue Schulden finanzieren. Hier handeln wir aus Verantwortung für dieses Land, für unsere Kinder und Enkelkinder.“ Der für unvorhersehbare Ereignisse zurückgelegte „Notgroschen“ von derzeit 500 Millionen

Euro dürfe nicht zur Finanzierung neuer, dauerhafter Aufgaben genutzt werden, mahnte Polzin. Die Situation der Werften zeige, „wie schnell diese Notlagen eintreten können“. Es werde in Zukunft nicht einfacher. 2020 müsse das Land ohne die Mittel aus dem Solidarpaket II auskommen. Zudem sei der Länderfinanzausgleich bis 2019 befristet. Derzeit erhalte das Land rund 400 Millionen Euro aus diesem Topf.



Jeannine Rösler DIE LINKE kritisierte die Weigerung der Koalitionsfraktionen, die rund 500 Millionen Euro an Rücklagen anzugreifen. Damit werde Gestaltungsspielraum verschenkt. „Wie viel Geld ist denn angemessen, es auf die hohe Kante zu legen?“, fragte sie. Dabei sei mit der positiven Steuerschätzung zu erwarten, dass noch mehr Geld in die Rücklage

Die Haushaltsdebatte

fließe. „Wir müssen heute die vergleichsweise gute finanzielle Situation nutzen, um vorausschauend und klug zu investieren“, forderte sie. Ihre Fraktion habe konkrete Vorschläge, etwa zur Energiewende, zur Bildung oder zum Arbeitsmarkt, eingebracht. Alle seien sinnvoll und seriös gegenfinanziert. Etwa 160 Mio. müssten dafür in den kommenden beiden Jahren aus der Rücklage entnommen werden. „Am Ende würden noch gut 350 Mio. im Sparstrumpf bleiben“, betonte Rösler.

Der CDU-Politiker **Egbert Liskow** verteidigte den Konsolidierungskurs. Er hob aber auch wichtige Neuerungen hervor, die in den Entwurf eingebracht werden konnten.



„Da ist zum Beispiel die Entschädigung für artenschutzbedingte Nutzungseinschränkungen und Ernteauffälle, wo wir jeweils 40.000 Euro neu eingestellt haben“, sagte er. Zuschüsse für Schuldnerberatungen von 150.000 Euro pro Jahr und Reisekostenzuschüsse für Klassenfahrten zählte er ebenfalls dazu. Er sprach von einem „Dreiklang von Schuldenabbau, Zukunftsinvestitionen und Vorsorge für schwierige Zeiten“. Eine Wunsch-Dir-was-Politik müsse strikt abgelehnt werden, beschied er den Oppositionsparteien.

Haushalt 2012/13



Foto: Uwe Bielewski

Abstimmung zum Doppelhaushalt 2012/2013

Drucksachen

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2012/2013:

Drucksache 6/299

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses:

Drucksache 6/799

Entwurf eines Haushaltsgesetzes 2012/2013 und eines Verbundquotenfestlegungsgesetzes 2012/2013:

Drucksache 6/300

Unterrichtung durch die Landesregierung zur Mittelfristigen Finanzplanung 2011 bis 2015 des Landes M-V einschließlich Investitionsplanung:

Drucksache 6/298

Beschlussempfehlungen und Bericht des Finanzausschusses:

Drucksachen 6/800 bis 6/815 und Drucksache 6/830

Solider Haushalt auf festen Füßen

Der Doppelhaushalt trägt deutlich eine sozialdemokratische Handschrift



SPD-Fraktion



„Mecklenburg-Vorpommern ist auf einem guten Weg in Richtung Zukunft aus eigener Kraft, auch wenn noch ein großer Abschnitt vor uns liegt.“

Tilo Gundlack, finanzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

Foto: Uwe Balewski

Mit der Beschlussfassung des Landtags am 20. Juni 2012 kann der Doppelhaushalt 2012/2013 Gesetz werden. Die Zeit der vorläufigen Haushaltsführung – bedingt durch die Landtagswahlen im September 2011 – ist damit beendet. Erneut spiegeln sich im Haushalt die Prinzipien der SPD-Landtagsfraktion für eine solide Haushaltsführung auf dem Weg zu einer „Zukunft aus eigener Kraft“ wider. Nur so können Handlungsspielräume für die Ausfinanzierung von politischen Schwerpunkten geschaffen werden.

Keine Neuverschuldung

Unsere Bemühungen sind darauf ausgerichtet, die Pro-Kopf-Verschuldung nicht weiter anwachsen zu lassen. Wir tragen aktuell einen Schuldenberg von 10,34 Mrd. Euro vor uns her, das sind 6.386 Euro pro Einwohner. Abgesehen davon, dass die Schulden irgendwann zurückgezahlt werden müssen, schmälert die jährliche Zinslast von fast 400 Mio. Euro den politischen Handlungsspielraum des Landes.

Kein Rückgriff in die Ausgleichsrücklage

Die allgemeine Rücklage muss so ausgestattet sein, dass konjunkturbedingte Einnahmeschwankungen ausgeglichen werden können und in schlechten Zeiten nicht sofort neue Kredite am Markt aufgenommen werden müssen. Als Zielmarke hat die SPD-Landtagsfraktion rund 500 Mio. Euro ins Auge gefasst. Im Doppelhaushalt 2012/2013 wird dieser Planansatz eingehalten.

Hohe Investitionsquote sichern

Im Haushaltsplan sind Gesamtinvestitionen von 1,2 Mrd. Euro für 2012 geplant, das entspricht einer Investitionsquote von 17,0 Prozent. Für 2013 sind weitere Investitionen in Höhe von 1,1 Mrd. Euro veranschlagt, was einer Investitionsquote von 15,5 Prozent entspricht. Im Verhältnis der beiden Jahre ist eine Verringerung der Investitionsquote zu verzeichnen. Hier schlagen sich steigende Ausgaben für Personal, Sach- und Fachaufgaben nieder. Das Personalkonzept der Landesregierung ist daher der richtige, weil langfristig wirksame Weg, die Personalkosten nicht übermäßig ansteigen zu lassen. Außerdem muss weiterhin strikte Ausgabendisziplin geübt werden.

Der Doppelhaushalt trägt darüber hinaus in seinen Schwerpunktsetzungen deutlich eine sozialdemokratische Handschrift:

Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege

Die Absenkung der Krippenplatzkosten um 100 Euro ist eine wichtige sozialpolitische Maßnahme und ein weiterer Schritt zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie zur Unterstützung alleinerziehender Elternteile. Darüber hinaus stehen jedes Jahr jeweils 7 Mio. Euro zur Verfügung, damit bedürftige Kindern an der Verpflegung in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege teilnehmen können. Des Weiteren kann der Betreuungsschlüssel für die Fachkraft-Kind-Relation schrittweise abgesenkt werden, zunächst von derzeit 1:17 auf 1:16 in 2013. Insgesamt sind im Doppelhaushalt 2012/2013 Mittel in Höhe von knapp 38 Mio. Euro zur Qualitätsentwicklung in der Kindertagesförderung eingestellt.

Mindestlohn für Auftragsvergabe des Landes

Die SPD-Fraktion hat ihr Versprechen gehalten und die Vergabe von öffentlichen Aufträgen der Landesverwaltung an die Zahlung von 8,50 Euro Mindestlohn pro Stunde geknüpft. Die dafür benötigten Mehrausgaben in Höhe von rund drei Mio. Euro pro Haushaltsjahr sind im Doppelhaushalt durch Zuweisungen an den Betrieb für Bau und Liegenschaften veranschlagt.

Kofinanzierungs- und Konsolidierungshilfen für Kommunen

Im Haushaltsbegleitgesetz wird die Einrichtung eines Kommunalen Kofinanzierungsfonds mit 50 Mio. Euro festge-

schrieben. Diese Mittel werden in fünf Jahrestanchen von jeweils 10 Mio. Euro für finanzschwache Kommunen bereitgestellt, die ihre Eigenanteile für Fördermittel nicht alleine aufbringen können. Weiterhin erfolgt die Einrichtung eines Kommunalen Konsolidierungsfonds mit einmalig 100 Mio. Euro. Diese Mittel werden als Konsolidierungshilfen für Landkreise und kreisfreie Städte eingesetzt. Damit wird der Wille des Landes unterstrichen, die Kommunen in besonderer Weise zu unterstützen.

Alle demokratischen Fraktionen haben sich intensiv mit dem Haushalt auseinandergesetzt. Die NPD hingegen war in den Fachausschüssen entweder gar nicht anwesend oder hat in den seltenen Fällen von Anwesenheit eine nichtssagende, niveaulose Rolle gespielt. Die über 50 im Plenum gestellten Anträge waren dann nur noch eine Showveranstaltung.

Haushalten

Wie viel Geld das Land in einem Jahr einnimmt und was es zum Beispiel für Bildung, Kultur, Kinderbetreuung, Umwelt und Wirtschaftsförderung wieder ausgibt, steht im Haushaltsplan. Seit 2006 kann Mecklenburg-Vorpommern einen Haushalt vorweisen, in dem die Ausgaben nicht höher als die Einnahmen sind. Seitdem konnten sogar insgesamt 440 Mio. Euro Schulden getilgt werden. Das Land ist aber aufgrund der konjunkturellen Entwicklung und der Steuersenkungspolitik der Bundesregierung nicht in der Lage, diesen notwendigen Schuldenabbau fortzusetzen. Gleichwohl sollen aber auch in den kommenden Jahren Haushalte ohne neue Kredite vorgelegt werden. Das ist erforderlich, denn ab 2020 wird Mecklenburg-Vorpommern ohne Fördermittel aus dem Solidarpakt auskommen müssen.



Foto: Uwe Baleswski

Aufmerksame Zuhörerinnen im Plenarsaal

Geplante Ausgaben 2012 / 2013 in Mio. Euro	2012	2013
Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur	1.407,3	1.425,5
Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales	1.007,6	1.042,7
Ministerium für Inneres und Sport	599,4	607,2
Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz	480,6	484,8
Ministerium für Wirtschaft, Bau und Tourismus	427,0	414,9
Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung	465,1	473,2
Justizministerium	315,3	321,3
Finanzministerium	170,4	173,4
Staatskanzlei	13,9	13,9
Landesrechnungshof	6,9	6,9
Landtag	34,1	34,8

Sparen für die Zukunft unserer Kinder

Mecklenburg-Vorpommern geht weiter auf dem schwierigen, aber notwendigen Weg der Haushaltsdisziplin



CDU-Fraktion



„Der solide Haushalt von heute ist das Fundament einer Zukunft aus eigener Kraft.“

Vincent Kokert, Vorsitzender der CDU-Fraktion

Foto: Uwe Balewski

Für die CDU-Landtagsfraktion ergriffen der Fraktionsvorsitzende Vincent Kokert, der finanzpolitische Sprecher Egbert Liskow und die Abgeordneten Wolf-Dieter Ringguth (Einzelplan 04), Torsten Renz (Einzelplan 07), Bernd Schubert (Einzelplan 10) und Wolfgang Waldmüller (Einzelplan 15) das Wort. Sie hoben die solide Haushaltspolitik seit 2006 hervor und unterstrichen, auch weiter ohne neue Schulden auskommen zu wollen und gleichzeitig alte Kredite nach und nach zu tilgen.

Vincent Kokert:

Zukunft aus eigener Kraft!

„Wir sorgen heute dafür, dass Mecklenburg-Vorpommern eine Zukunft hat, eine Zukunft, die wir mehr und mehr aus eigener Kraft gestalten wollen und müssen“, mit diesen Worten stieg der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Vincent Kokert, in die Debatte um den Doppelhaushalt 2012/13 ein. Er verwies darauf, dass seit 2005 über den Solidarpakt und den Länderfinanzausgleich fast 10,5 Mrd. Euro nach Mecklenburg-Vorpommern geflossen seien. „Diese Gelder waren und sind für unser Land wichtig. Aber jeder muss wissen, dass wir ab 2019 ohne die Mittel aus dem Solidarpakt auskommen müssen. Der solide Haushalt von heute ist deshalb das Fundament einer Zukunft aus eigener Kraft.“ Vincent Kokert mahnte, bei den Ausgaben des Landes mit vermeintlichen Wohltaten vorsichtig zu sein: „Indem wir heute diesen Haushalt beschließen, geht Mecklenburg-Vorpommern weiter auf dem schwierigen, aber notwendigen Weg der Haushaltsdisziplin. Dieser Weg ist nicht einfach. Insbesondere deswegen nicht, weil unser Land finanziell besser dasteht, als manch anderes Land. Die Verlockung ist groß, durchs Land zu laufen und Geschenke zu verteilen.“

Der CDU-Fraktionsvorsitzende unterstrich die Bedeutung des Landtages als Haushaltsgesetzgeber. Die Abgeordneten seien diejenigen, die über den Landeshaushalt entschei-

den müssten. „Als selbstbewusste Fraktion haben wir uns den Haushaltsentwurf angesehen. Wir haben Änderungen vorgenommen, die wir begründeten und die solide gegenfinanziert wurden – entweder durch Umschichtungen im Haushalt oder durch eine maßvolle Absenkung des Zinstitels.“

Für die CDU-Fraktion stehe der Mensch im Mittelpunkt der Politik – anders als etwa bei der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, deren einziges politisches Ziel ein überbordender und zunehmend teurer Naturschutz sei: „Wir machen Politik für Menschen, Sie machen Politik für Frösche“, so der CDU-Fraktionsvorsitzende mit Blick auf die Umsiedlung von Fröschen für eine Gewerbeansiedlung in Schwerin, die pro Kriechtier 110 Euro gekostet hatte. Der Linksfraktion warf Kokert ein fehlgeleitetes Verständnis von seriöser Haushaltspolitik vor: „Sie wollen 160 Mio. Euro mehr ausgeben – und dies mit Geld bezahlen, das wir nicht haben. Jetzt in die Rücklage zu greifen, die wir für konjunkturell schlechte Zeiten aufgebaut haben, ist unsolid und unseriös.“

Vincent Kokert appellierte schließlich noch einmal eindringlich an die Mitglieder der Oppositionsfraktionen, dem Haushalt zuzustimmen. „Wir sparen für die Zukunft unserer Kinder!“

Egbert Liskow:

Schulden abbauen, in die Zukunft investieren und vorsorgen

Als zweiter Redner ging für die CDU-Fraktion deren finanzpolitischer Sprecher, Egbert Liskow, vor allem auf jene Punkte ein, bei denen die Koalitionsfraktionen am Haushalt Veränderungen vornahmen. Beispielhaft dafür sind die Entschädigungen für artenschutzbedingte Nutzungsbeschränkungen und Ertragsausfälle, die Zuschüsse für Kläranlagen in Kleingartenanlagen, für Schuldnerberatung, für die Reisekosten bei Klassenfahrten, für Fahrt- und Übernachtungskosten für Berufsschülerinnen und Berufsschüler, die Studentenwerke,

Foto: Uwe Baleski



Investitionsmittel für die Leibniz-Institute und die Mittel für die Sportförderung. Auch für die Beräumung devastierter

Flächen – also für das Entfernen von Schandflecken – gibt es mehr Geld.

„Wir haben sämtliche Ausgaben solide gegenfinanziert. Unsere solide Haushaltspolitik findet auch Anerkennung außerhalb des Landes. So hat der Geschäftsführer des Bundes der Steuerzahler erst kürzlich Mecklenburg-Vorpommern als gutes Beispiel benannt. Wir konsolidieren und bauen Schulden ab. Wir haben uns früh mit dem Auslaufen des Solidarpakts, zurückgehender EU-Förderung und sinkender Bevölkerungszahl auseinandergesetzt.“ Zugleich unterstrich Egbert Liskow, dass die Politik nicht einseitig auf Sparsamkeit ausgerichtet sei, sondern dem Leitbild „Schulden abbauen, in die Zukunft investieren und Vorsorge treffen“ folgt.

Haushaltsberatung in den Fachausschüssen

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat am 14. März 2012 den Gesetzentwurf der Landesregierung für den Doppelhaushalt 2012/2013 (Drucksache 6/299) in Erster Lesung beraten und federführend an den Finanzausschuss sowie zur Mitberatung an alle weiteren Ausschüsse überwiesen.

Finanzausschuss

Der Finanzausschuss hat den Gesetzentwurf in acht Sitzungen, abschließend am 31. Mai, beraten und auf Verlangen der Linken und der Grünen zu Artikel 12 (Anpassung des Schulgesetzes hinsichtlich der Berechnung von Finanzhilfen im Zusammenhang mit der Umsetzung von Integration/Inklusion) eine schriftliche Sachverständigen-Anhörung durchgeführt.

Innenausschuss

Der Innenausschuss hat den Gesetzentwurf in seinen Sitzungen am 29. März und am 19. April beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der SPD und der CDU gegen die Stimmen der Linken und bei Abwesenheit der Grünen und der NPD dem Finanzausschuss empfohlen, das Haushaltsbegleitgesetz mit einer redaktionellen Änderung ansonsten unverändert anzunehmen.

Europa- und Rechtsausschuss

Der Europa- und Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf in seinen Sitzungen am 28. März, am 12. April und abschließend am 18. April beraten und einstimmig beschlossen, vor dem Hintergrund seiner Zuständigkeiten von der Abgabe einer Stellungnahme abzusehen.

Wirtschaftsausschuss

Der Wirtschaftsausschuss hat mehrheitlich mit den Stimmen der SPD und der CDU gegen die Stimmen der Linken und der NPD bei Stimmenthaltung der Grünen empfohlen, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Agrarausschuss

Der Agrarausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 8. März (im Rahmen des Selbstbefassungsrechts nach § 12 der Geschäftsordnung des Landtages bereits vor der

Ausschussüberweisung) sowie am 29. März und abschließend am 19. April beraten. Der Ausschuss hat einstimmig beschlossen, dem Finanzausschuss zu empfehlen, in Artikel 7 Nummer 1 nach den Wörtern „am Stammkapital“ die Wörter „nach Vorlage eines entsprechenden Konzepts“ einzufügen. Der Agrarausschuss hat ferner einvernehmlich bei Stimmenthaltung seitens der Grünen und der NPD dem Finanzausschuss empfohlen, in Artikel 7 Nummer 2 die Wörter „zwei Millionen Euro“ durch die Wörter „drei Millionen Euro“ zu ersetzen. Begründung: der Beräumung devastierter Flächen komme ein herausragender Stellenwert zu, der die Erhöhung der Entnahmen aus dem Landwirtschaftssondervermögen für diese Zwecke rechtfertige.

Bildungsausschuss

Der Bildungsausschuss hat den Gesetzentwurf im Rahmen seiner Sitzungen am 28. März, am 11. April, am 18. April und abschließend am 9. Mai beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der SPD und der CDU gegen die Stimme der NPD bei Enthaltung der Linken und der Grünen – vorbehaltlich der Ergebnisse der schriftlichen Anhörung im Finanzausschuss zu Artikel 12 – beschlossen, dem Finanzausschuss die unveränderte Annahme des Gesetzes zu empfehlen.

Energieausschuss

Der Energieausschuss hat den Gesetzentwurf am 24. April abschließend beraten und einvernehmlich bei Enthaltung der Linken, der Grünen und der NPD beschlossen, dem Finanzausschuss die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs zu empfehlen.

Sozialausschuss

Der Sozialausschuss hat den Gesetzentwurf am 18. April und am 9. Mai beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der SPD und der CDU gegen die Stimmen der Linken und der NPD bei Stimmenthaltung der Grünen beschlossen, dem Finanzausschuss die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfes zu empfehlen.

Schlechte Inszenierung von SPD und CDU

Lahm, ideenlos und an den Problemen und Erwartungen der Menschen vorbei

DIE LINKE.
Fraktion im Landtag
Mecklenburg-Vorpommern

Fraktion DIE LINKE



„Wenn Mecklenburg-Vorpommern seine Zukunft aus eigener Kraft gestalten können soll, dann müssen wir heute die Probleme anpacken und vor allem in Bildung investieren.“

Helmut Holter, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE

Foto: Uwe Balewski

Helmut Holter, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE:

„Heute nun bringen SPD und CDU den Haushalt zum Ende, was sie bereits vor Monaten hätten erledigen können. Endlich ist diese Theatervorstellung vorbei. Wie viele andere auch empfand ich die Inszenierung als lahm, ideenlos und vollkommen vorbei an den Problemen und Erwartungen der Menschen.

Schauen wir doch einmal in das Programmheft.

Was haben die Protagonisten nicht alles versprochen und angekündigt? So sollte es beispielsweise einen sozialen Arbeitsmarkt geben. Welche Hoffnung setzte das Publikum in Ministerin Schwesig, gilt sie doch zumindest bei der einen Hälfte der Theatertruppe als großes Talent. Aber nein, versprochen – gebrochen. Ein sozialer Arbeitsmarkt findet nicht statt.

Einen ganz merkwürdigen Auftritt hatte der Bildungsminister. Er redete am meisten und sagte am wenigsten. Der Text zu Inklusion ist noch nicht fertig. In Ordnung. Daran wird noch gefeilt, und wer weiß, vielleicht singt am Ende das ganze Publikum mit. Aber was hörten wir von Minister Brodkorb zum Frust der Schülerinnen und Schülern, Eltern, der Lehrerinnen und Lehrer? Was wird er sagen zum Unterrichtsausfall, zu den Abbrecherquoten, den fehlenden Referendaren und, und, und. Er schickte Briefe – aber davon hat kein Kind auch nur eine Förderstunde mehr!

Der Kulturminister sollte auch sagen, wie es um die Zukunft der Theater und Orchester aussieht. Und das Publikum reibt sich erstaunt die Augen: Ein knauseriger Minister sei er, so viel Kultur sei nicht drin. Und die über 50.000 Unterschriften der Menschen, die für ihre Theater und Orchester kämpfen, flogen in den Papierkorb.

Auch die Energiewende sollte eine Hauptrolle spielen. Der Energieminister brachte einen großen Karton auf die Bühne. Darauf stand unter anderem: ‚Sondervermögen zum Ausbau der Erneuerbaren Energien‘. Als dann jemand aus dem Pu-

blikum rief: ‚Was ist denn in der Kiste?‘, folgte Ernüchterung, denn darin war nur heiße Luft. Als Höhepunkt informierte der Verkehrsminister auch noch, dass einige von ihnen mit dem Taxi nach Hause fahren müssen, da weitere Strecken im öffentlichen Nahverkehr gestrichen werden.

Es folgte die Justizministerin. Im Programm der CDU-Theaterfreunde stand noch ihr Satz: Wir werden Gerichte in der Fläche erhalten. Doch dann musste ein fassungsloses Publikum zur Kenntnis nehmen, dass jedes zweite Amtsgericht geschlossen werden soll.

Szenenwechsel. Auftritt von Landwirtschafts- und Umweltminister Backhaus. Mit einer stattlichen Hengstparade erfreute er zumindest die Pferdefreunde. Die Tatsache, dass die Nummer jedes Mal teurer wird und er die Kosten einfach nicht in den Griff bekommt, hört er nicht so gerne.

Gleich nach den Hengsten kam Innenminister Caffier auf die Bühne. Er sang das hohe Lied auf die kommunale Selbstverwaltung. Den Kommunen ginge es gut wie lange nicht, viel besser als dem Land. Wenn dem so ist, warum brachte er gleich zwei Geldkoffer mit auf die Bühne? Und bis heute warten die Städte und Gemeinden vergeblich auf den lang angekündigten Zukunftsvertrag.

Völlig aus seiner Rolle fiel dann der Wirtschaftsminister. Er verkündete den Mindestlohn, den er gestern noch als Teufelszeug abgelehnt hat. Der Applaus war spärlich, wissen doch alle, dass 8,50 Euro nicht armutsfest sind und nur für öffentliche Aufträge des Landes gelten.

Der finale Auftritt gehörte dem Hauptdarsteller, Ministerpräsident Sellering. Aber niemand vernimmt den angekündigten großen Paukenschlag, auf den insbesondere die Frauen gewartet haben. Seite an Seite mit der Finanzministerin stimmte er das immer gleiche Lied an: ‚Alles ist gut. Wir machen keine neuen Schulden.‘ Verwunderung im Saal, denn

niemand will hier neue Schulden – auch unsere Vorschläge lassen eine erkleckliche Summe auf der hohen Kante.

Diese Vorstellung von SPD und CDU war eine schlechte Inszenierung. Wenn Mecklenburg-Vorpommern seine Zukunft aus eigener Kraft gestalten können soll, dann müssen wir heute die Probleme anpacken und vor allem in Bildung investieren. Ansonsten bezahlen wir für die Versäumnisse morgen einen doppelten und dreifachen Preis.“

Simone Oldenburg, bildungspolitische Sprecherin:

„Kinder, bei denen ein sonderpädagogischer Förderbedarf besteht, werden erst im Laufe der zweiten Klasse diagnostiziert und dann erst mit Beginn des dritten Schuljahres maximal mit einer Unterrichtsstunde pro Woche beim Lernen begleitet. Das bedeutet, dass sie zwei Jahre lang dem Lehr-

stoff hinterherlaufen und sich damit ihre Wissenslücken und ihre Versagensängste beständig vergrößern. Wir fordern, dass dieser Zustand umgehend beendet wird. Wir beantragen die Stundenerhöhung für die Grundschulen deshalb auch für die Bereitstellung zusätzlicher Förderung, damit alle Schülerinnen und Schüler in diesen Klassen gemeinsam gut und erfolgreich lernen können. Wir können nicht auf den Bericht der Expertenkommission warten. Wir haben keine Zeit zu verschenken. Wir fordern keine Unsummen: 16,5 Millionen Euro kostet die dringend notwendige Förderung für die kommenden zwei Jahre. Für den ‚Zukunftsfond Bildung‘ in unserem zweiten Antrag sollen die 50 Millionen Euro reserviert werden, damit die Ergebnisse der Expertenkommission umgesetzt werden können.“

Linke forderte Ablehnung des Fiskalpaktes

Die Linksfraktion hat auf der Landtagssitzung am 22. Juni die Ablehnung des umstrittenen Pakets zur Euro-Rettung gefordert. Die Landesregierung solle dem sogenannten europäischen Fiskalpakt im Bundesrat nicht zustimmen. Statt weiterer Spardiktate müssten wirksame Maßnahmen ergriffen werden, die die Binnennachfrage erhöhen und insbesondere Investitionen in Bildung und Arbeit befördern, hieß es unter anderem zur Begründung. Die Linke befürchtet eigenen Angaben nach durch die Sparauflagen einen weiteren Sozialabbau für die Menschen. Der Antrag wurde abgelehnt.

Drucksache 6/793

Fraktion DIE LINKE

Foto: Uwe Balewski



Plenardebatte



Foto: Uwe Balewski

Keine Liebeserklärung an unser Land

Der neue Haushalt ist leider mutlos und wenig innovativ



„Ich verstehe nicht, warum Sie glauben, dass Sie sich einen Zacken aus der Krone brechen könnten, wenn Sie einen guten Vorschlag aus der Opposition gewähren lassen.“

*Johannes Saalfeld, finanzpolitischer Sprecher der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*

Foto: Uwe Balewski

Die Haushalts- und Förderpolitik des Landes folgt nach wie vor keinen klaren Schwerpunkten oder Zielen. Unter schwierigen Rahmenbedingungen kommt es aber mehr denn je auf eine klare Prioritätensetzung an. Der neue Haushalt ist dahingehend leider mutlos und wenig innovativ: Bei der Energiewende wird ein Fördertopf ohne Geld aufgelegt, finanzielle Mittel für neue Lehrer stehen nicht im ausreichenden Maß zur Verfügung, die Jahrhundertaufgabe Inklusion wird nur zaghaft und halbherzig angegangen, Ideen für eine ökologische Ausrichtung von Wirtschaft und Landwirtschaft sucht man vergebens und die Kulturpolitik bekommt im neuen Haushalt nur ein Notpflaster.

Als grüne Fraktion haben wir Einsparvorschläge, Gegenfinanzierungen und Möglichkeiten für Umschichtungen im Landeshaushalt aufgezeigt. Wir haben im Laufe der Beratungen mehr als 50 Änderungen vorgeschlagen, die mehr als deutlich zeigen, dass Spielräume zur Gestaltung einer anderen Haushaltspolitik bestehen – und zwar ohne neue Schulden und ohne Rückgriffe in die sogenannte Rücklage des Landes. Leider hat sich die Koalition einer ernsthaften Auseinandersetzung mit den grünen Anträgen verweigert.

Schwerpunkte grüner Haushaltspolitik

Energiewende

Die Landesregierung hat zwar im neuen Doppelhaushalt einen Fonds für die Förderung einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung und der erneuerbaren Energien aufgelegt, jedoch einfach kein Geld in den Fonds eingestellt. Eine Nullnummer im wahrsten Sinne des Wortes. Ein neues Ministerium alleine macht noch keine Energiewende. Darum wollen wir zehn Millionen Euro aus Landesmitteln zur Verfügung stellen.

Bildung und Kultur

Dem hohen Unterrichtsausfall, der bundesweit höchsten Quote von Schulabgängern ohne Abschluss und der bundesweit höchsten Wochenstundenzahl für Lehrkräfte muss die Politik endlich begegnen. Eine Korrektur in der Bildungspolitik ist lange überfällig. Darum schlagen wir als ersten Schritt zur Steigerung der Attraktivität des Lehrberufs Abminderungsstunden vor. Motivierte Lehrkräfte, die genug Zeit für pädagogische Arbeit haben, brauchen wir dringender denn je. Auch die Theater und Orchester brauchen mehr Zeit zur Erarbeitung eines tragfähigen Zukunftskonzeptes. Statt von einer finanziellen Krise in die nächste zu fallen, brauchen unsere Theater Planungssicherheit. Der Umbau kann nur gelingen, wenn wir ihnen den Rücken frei halten. Deshalb fordern wir eine Erhöhung der seit über 15 Jahren eingefrorenen Landeszuschüsse.

Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz

Insbesondere im Bereich des Umwelt- und Landwirtschaftsministeriums bedarf es einer Neuausrichtung. Wir haben daher Umschichtungen innerhalb des Haushaltsplans des Ministeriums vorgeschlagen: Mehr Geld für Umweltbildung, für den Verbraucherschutz, für Umweltschutzmaßnahmen auch außerhalb von Naturschutzgebieten, sowie zur Unterstützung für die Arbeit von Naturschutzverbänden. Dafür wollen wir zum Beispiel Mittel im Landgestüt Redefin sparen, die Zuschüsse an Tierzuchtverbände kürzen oder Ausgaben für Imageveranstaltungen reduzieren. Hier wird deutlich: Andere Schwerpunkte sind möglich, wenn sie politisch gewollt sind.

Öffentlicher Personennahverkehr

Wir wollen sieben Millionen Euro mehr für den ÖPNV: Verkehrspolitik wird in MV immer noch hauptsächlich für die Straße gemacht. Wir fordern eine Umschichtung von Mitteln aus dem Straßenbau in den ÖPNV und in die Schiene. Nur attraktive Angebote werden auch genutzt.

Mogelpackung statt Leistung

Abrechnung mit der Landesregierung



„Die Haushaltsführung sei vorbildlich, so die Ammenmärchen der SPD/CDU-Regierung, wie wir sie eben hier vorgetragen bekamen.“

Udo Pastörs, Vorsitzender der NPD-Fraktion

Fotos: Uwe Baleski

NPD-Fraktion

Stolz verkündete Ministerpräsident Sellering (SPD), der Landesregierung sei es gelungen, einen ausgeglichenen Haushalt zu erstellen, der ohne Neuverschuldung auskomme.

Was auf den ersten Blick in der heutigen Zeit als Leistung verkauft werden soll, entpuppt sich beim genaueren Hinsehen als Mogelpackung. Denn, wenn die größten Probleme im Land erst gar nicht angegangen werden, dann ist es nicht schwer, die Erfüllung der notwendigsten Aufgaben an das vorhandene Geld anzupassen.

Der Fraktionsvorsitzende der NPD, Udo Pastörs, nutzte die Haushaltsdebatte folgerichtig, um der Landesregierung jene Versäumnisse in Erinnerung zu rufen, die diese offenbar regelmäßig verdrängt.

In 20 Jahren hat das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern einen Schuldenberg in Höhe von zehn Milliarden Euro angehäuft und leistet hierfür jährlich einen Schuldendienst in Höhe von 400 bis 500 Millionen Euro nur für die Zinslasten! Geld, was für die Gestaltung im Land völlig fehlt und nur die Profite der Banken stärkt. Auf der Einnahmenseite hängt das Land am Tropf der SolidarpaktII-Gelder und der Europäischen Union. Da die EU-Gelder in der nächsten Förderperiode dramatisch abschmelzen, entsteht alleine hierdurch für das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern ein jährliches strukturelles Defizit in Höhe eines dreistelligen Millionenbetrages. Welch ein Irrsinn angesichts des deutschen EU-Anteils!



Nennenswerte Industrie ist im Bundesland nicht mehr vorhanden. Die Maritime Industrie befindet sich gerade in den letzten Jahren und aktuell auch an den Standorten Wolgast und Stralsund in Auflösung. Die Kommunen sind schlicht pleite und benötigen die Unterstützung durch das Land. Über 250.000 Menschen haben das ohnehin bevölkerungsarme Land verlassen. Die Anzahl der funktionalen Analphabeten hat sich binnen weniger Jahre auf 185.000 Betroffene verdoppelt. Nach wie vor ist die Zahl der privaten und betrieblichen Insolvenzen hoch, 56.000 Menschen im Land holen sich ihr Essen bei den Tafeln ab!

Angesichts dieser „Leistungen“ ist es schon dreist, die Entwicklung des Landes als „Erfolgsgeschichte“ verkaufen zu wollen!

Dass man haushaltspolitisch auch ganz andere Akzente setzen kann, unterstrichen die Nationalen mit über 50 Änderungsanträgen zum Doppelhaushalt 2012/2013.

Als der Fraktionsvorsitzende der NPD die unangemessene Bezuschussung der Jüdischen Gemeinden zur Sprache brachte, war es mit der „Geduld“ der amtierenden Landtagspräsidentin schnell vorbei. Nach zwei bereits erteilten Ordnungsrufen erfolgte angesichts dieser Redepassage der dritte Ordnungsruf und damit der Wortentzug für den NPD-Abgeordneten.

Gewichtiger Beschluss

Der Landeshaushaltsplan wiegt 7 kg und besteht aus 15 Bänden mit 2.500 Seiten. So voluminös er auch ist: Im Grunde verrät der Name, dass es sich dabei um etwas handelt, das alle von zu Hause kennen: Eine Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben. Aus einer solchen Übersicht kann man einschätzen, was man sich leisten kann und was nicht.

Theater und Orchester in M-V

Landtag lehnt Volksinitiative ab

Rund 51.000 Bürgerinnen und Bürger haben eine Volksinitiative zum Erhalt der Theater und Orchester in Mecklenburg-Vorpommern unterstützt. Der Landtag lehnte nach einer Debatte am 20. Juni den Vorstoß jedoch mehrheitlich ab. In einer von den Regierungsfractionen SPD und CDU initiierten Entschließung wird das Engagement zwar gewürdigt, der Vorschlag aber nicht angenommen, weil er „nur auf den Erhalt der bestehenden Strukturen“ abziele. Die Landesregierung wird aufgefordert, bis Ende 2012 ein Konzept für die Entwicklung der Theater- und Kulturlandschaft vorzulegen. Nach Ansicht der oppositionellen Linken gefährdet die Landesregierung Arbeitsplätze.

„Es sind große Anstrengungen nötig, um die Theater- und Orchesterstrukturen zukunftsfähig zu gestalten. Ein Weiter so ist keine sichere Basis für den Fortbestand“, erklärte Sozialministerin **Manuela Schwesig** in einer für den Bildungsminister vorgetragenen Rede. Mathias Brodkorb, der wegen der Kultusministerkonferenz verhindert war, trat dem Vorwurf entgegen, die Regierung werfe die Unterschriften in den Papierkorb. Die von der Volksinitiative bewirkte Expertenanhörung habe viele Anregungen gebracht, die nun im weiteren Prozess berücksichtigt würden. Engere Kooperationen der Häuser würden angestrebt, Spartenschließungen seien nicht auszuschließen.

Der kulturpolitische Sprecher der Linksfraction, **Torsten Koplín**, beklagte die mangelnde Bereitschaft von SPD und CDU, den Theatern mehr Geld zu geben und damit deren künstlerisches Niveau zu sichern. Die Steuereinnahmen ließen dies zu. Er warf der Landesregierung vor, mit ihrer Weigerung 1.400 Arbeitsplätze an den acht Theatern im Land zu gefährden. „Das ist fast die Größenordnung der P+S-Werften.“ Außerdem ignorierten SPD und CDU die große Bedeutung der Theater für den Tourismus. Jeder vierte Gast komme wegen der kulturellen Angebote.

Ingulf Doning (SPD) wies auf die Entschließung hin, in der sich das Land zu einem hohen künstlerischen Niveau bekenne. Er kritisierte, dass die Linke die Bemühungen der Koalition nicht ernst nehme. Man könne nicht immer nur mehr Geld fordern, aber ansonsten alles beim Alten lassen, betonte er. Einen Änderungsantrag der Linken werde seine Fraktion aus diesen Gründen ebenfalls ablehnen.

Ebenso wie die Linke äußerten auch die Grünen Kritik an den Koalitionsfractionen. Es wäre ein Leichtes gewesen, die Volksinitiative anzunehmen und sich zum Erhalt der bestehenden Theater- und Orchesterstruktur zu bekennen, befand Grünen-Fraktionschef **Jürgen Suhr**. „Das wäre wirklich ein sehr, sehr gutes Zeichen gewesen“, sagte er. Die Volksinitiative ist seinen Worten nach nicht umsonst gewesen. Sie habe die Landesregierung angespornt, endlich konzeptionell zu



Foto: Jens Büttner

Mecklenburgisches Staatstheater Schwerin

arbeiten. Er kündigte die Zustimmung seiner Fraktion zur Volksinitiative und auch zum Änderungsantrag der Linken an.

Der NPD-Abgeordnete **David Petereit** warf Theatern und Orchestern vor, die „Mehrheit des Volkes“ nicht zu erreichen. Nur zwei Prozent der Bevölkerung gehe regelmäßig ins Theater. „Wenn die Kunst das Volk erreicht“, dann sei sie wirtschaftlich. Privattheater bekämen auch ohne öffentliche Zuschüsse ihr Haus voll. „Wir brauchen Volkskunst“, betonte er. Der CDU-Abgeordnete **Marc Reinhardt** signalisierte Ablehnung für Volksinitiative und Änderungsantrag. „Nicht alles, was wünschenswert ist, ist am Ende auch bezahlbar“, begründete er. Jetzt gehe es darum, ein Konzept zu erarbeiten, das alle Landesteile berücksichtigt. Dies sei ein Weg, die Theater „sicher für die Zukunft“ zu machen.

Nach der Debatte haben die Abgeordneten den Änderungsantrag der Linken in namentlicher Abstimmung mit 18 Ja-Stimmen und 43 Nein-Stimmen abgelehnt.

Antrag der Volksinitiative *Drucksache 6/535*

Bericht und Beschlussempfehlung Bildungsausschuss

Drucksache 6/841

Änderungsantrag DIE LINKE *Drucksache 6/880*

Konzept in Auftrag gegeben

Die Landesregierung will im Herbst ein Konzept für die künftige Theater- und Orchesterlandschaft vorlegen. Am 20. Juni beauftragte das Bildungsministerium die Metrum Managementberatung GmbH damit, mindestens fünf unterschiedliche Strukturmodelle zu erarbeiten. Sie sollen eine betriebswirtschaftliche Bewertung enthalten sowie die quantitativen und qualitativen Auswirkungen auf das künstlerische Angebot abwägen. Den Beratern liegen die Antworten auf Fragebögen vor, die Minister Brodkorb an Bühnen, Orchester, kommunale Träger, künstlerische Vorstände, Personalvertretungen und Fördervereine gesandt hatte. Die Münchner Metrum GmbH war in einem Vergabeverfahren ausgewählt worden.

Foto: Jens Büttner



Windkraftanlage

Atombaupläne überdenken

Landtag will mit Polen auf Energie-Sektor zusammenarbeiten

Der geplante Bau von Atommeilern im Nachbarland Polen ruft besonders in Grenznähe Ängste und Sorgen hervor. Während in Deutschland nach dem folgenschweren Reaktorunglück 2011 im japanischen Fukushima der Ausstieg aus der Atomkraftnutzung Priorität hat, plant Polen den Einstieg in diesen Energiesektor – unter anderem mit dem Bau von Atomkraftwerken (AKW) an der Ostsee. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern teilt die Besorgnis der Menschen. Am 21. Juni forderte das Parlament mit großer Mehrheit die Landesregierung auf, an das Nachbarland zu appellieren, seine Pläne für die Nutzung von Atomenergie zu überdenken. Parallel soll die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf dem Sektor erneuerbarer Energien verstärkt und den Nachbar-Woiwodschaften Hilfe bei der Energiewende angeboten werden.

Der Antrag war von der Linken schon Ende 2011 eingebracht und von den Grünen unterstützt worden. Nach Beratungen und Veränderungen des Textes im Energieausschuss fand er auch Unterstützung der Regierungsparteien SPD und CDU. Nur die NPD stimmte dagegen.

Wie der Vorsitzende des Energie-Ausschusses **Rudolf Borchert** sagte, stammen 92 Prozent des Stroms in Polen aus oft überalterten Kohlekraftwerken. Um die EU-weiten Klimaschutzziele zu erreichen, strebe Polen den teilweisen Ersatz durch abgasfreie Kraftwerke an. „Unser Nachbar versucht dies mittelfristig mit dem Bau von Atomkraftwerken“, erklärte der SPD-Abgeordnete. Zu den 29 möglichen Standorten gehöre auch Zarnowiec an der Ostsee bei Danzig. „Das sind gerade 280 Kilometer entfernt von Usedom.“ Er forderte die Bundesregierung auf, Polen konkrete Hilfe für die verstärkte Nutzung alternativer Energiequellen wie Sonne, Wind und Bio-

gas anzubieten und so auf ein Umsteuern hinzuwirken. Der Energie-Ausschuss hatte die umfassende Zusammenarbeit mit der Republik Polen auf dem Energie-Sektor empfohlen. Es solle eine grenzübergreifende „Region für erneuerbare Energien“ geschaffen werden.

Der CDU-Abgeordnete **Jürgen Seidel** betonte, dass Polen in seiner Energiepolitik souverän sei. Wenn Deutschland aber mit seiner Energiewende beweise, dass auch aus erneuerbaren Quellen Strom umweltgerecht, versorgungssicher und zu bezahlbaren Preisen hergestellt werden kann, werde das seine Wirkung nicht verfehlen, zeigte sich der Ex-Wirtschaftsminister überzeugt.

Die Energiepolitik-Expertin der Linken **Dr. Mignon Schwenke** zeigte sich erfreut, dass die Koalitionsfraktionen den Antrag der Opposition in den Ausschuss überwiesen und beraten haben. Dies geschehe selten, bemerkte sie. In diesem Fall aber sei eine große Übereinstimmung in allen demokratischen Fraktionen festzustellen gewesen. Alle blickten mit Sorge auf das polnische Vorhaben, AKW zu bauen. „Eine starke Volksbewegung in Polen selbst und Einflussnahme auch von unserer Seite – mit dem Angebot einer Zusammenarbeit auf Augenhöhe – das könnte das Programm noch stoppen“, sagte die Parlamentarierin.

Auch der Grüne-Abgeordnete **Johann-Georg Jäger** hob die „konsensfähigen Formulierungen“ hervor, die der Ausschuss gefunden habe. Deutschland trage Vorbildcharakter, betonte er. Deshalb sei es wichtig, dass dem Land die Energiewende mit der Umstellung auf „100 Prozent regenerative Energie“ gelingt. Diese müsse dann aber auch bezahlbar sein. Sonst sei das problematisch für die ganze Welt.

Energieminister **Volker Schlotmann** äußerte die Hoffnung, dass Polen in seiner Energiepolitik umsteuert. „Noch sind nicht alle Messen gesungen“, sagte er. Es gebe nicht nur stringente Ablehnung auf polnischer Seite. „Das macht mir Hoffnung“, sagte er. Er lobte auch den breiten Konsens im Landtag. Die Herausforderung sei groß. „Das kann eine Partei allein nicht schultern. Da sind alle gefordert“, unterstrich der Minister.

Der NPD-Abgeordnete **David Petereit** bezeichnete den Antrag als „Alibi-antrag“, der überflüssig und sinnlos sei. Seiner Meinung nach werde damit nichts erreicht. „Den Geldhahn zudrehen“ ist, wie er sagte, die einzige Antwort. Seine Fraktion werde den Antrag ablehnen.

Antrag DIE LINKE *Drucksache 6/72*

Beschlussempfehlung Energieausschuss *Drucksache 6/831*

Stromerzeugung in Polen nach Technologien

	%
Steinkohlekraftwerke	43
Braunkohlekraftwerke	35
Steinkohleheizkraftwerke	12
Industrieheizkraftwerke	4
Gasheizkraftwerke	3
Wasserkraftwerke, Biomasse, Biogas, Windkraftwerke	3

Quelle: Agencja Rynku Energii (2011) und IEA International Energy Agency (2010)

Mehr Rechte für Richter

Grüne scheitern mit Antrag zur richterlichen Mitbestimmung

Die Bündnisgrünen fordern mehr Mitbestimmung für Richter in Mecklenburg-Vorpommern. Die Ausweitung ihrer Rechte müsse insbesondere für Personalfragen gelten, sagte Fraktionschef Jürgen Suhr am 21. Juni im Landtag. So solle ein Richterwahlausschuss einberufen werden, der auch über die Ernennung zum Richter auf Lebenszeit entscheidet. Mehr Selbstbestimmung in der Justiz bedeute mehr Unabhängigkeit und weniger politischen Einfluss, begründete er den Antrag. Der Vorstoß wurde mit der Mehrheit der Stimmen aus den Regierungsfractionen abgelehnt.

„Die Unabhängigkeit der Justiz ist ein hohes Gut“, betonte **Jürgen Suhr** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Die gegenwärtige Praxis sei aber unzureichend. Der Landesregierung warf er vor, am politischen Einfluss bei der Besetzung von Richterstellen festhalten zu wollen. Dabei sei der von den Grünen geforderte Richterwahlausschuss Bestandteil der Landesverfassung. „Andere Bundesländer sind da deutlich weiter“, sagte er. Die Landesregierung solle prüfen, ob die richterliche Selbstverwaltung verfassungskonform ist, und bis Mitte November dem Parlament darüber Bericht erstatten. Die Pläne der Justizministerin für eine neue Gerichtsstruktur hätten für viel Verunsicherung unter Richtern, Staats- und Rechtsanwälten gesorgt.

Justizministerin **Uta-Maria Kuder** wies die Vorwürfe zurück. Richter seien unabhängig und nur dem Gesetz verpflichtet. Bei der Ernennung von Richtern spiele allein die fachliche Leistung und Eignung eine Rolle. Richterliche Unabhängigkeit könne nicht mit richterlicher Selbstverwaltung gleichgesetzt werden – für die dann auch Haushaltsmittel zur Verfügung stehen müssten. Ihrer Meinung nach sind die Interessen der Justiz am besten bei der Landesregierung aufgehoben, die auch für die finanzielle Ausstattung sorgt. Das Justizministerium würde im Kabinett und unter anderem bei den Haushaltsdebatten im Landtag die Interessen der Juristen Mecklenburg-Vorpommerns vertreten.

Auch die rechtspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, **Stefanie Drese**, hält die Forderungen der Grünen weder für praktikabel noch für sinnvoll. Sie bezweifelte, dass richterliche Selbstverwaltung die Justiz tatsächlich unabhängiger macht. Die Justizministerin trage gegenüber dem Parlament die politische Verantwortung für ihre Personal- und Sachentscheidungen. „Das schützt die Justiz in ihrer verfassungsrechtlich garantierten Unabhängigkeit vor politischen Angriffen. Das sollte meines Erachtens auch so bleiben“, sagte sie. Sie erinnerte an die Koalitionsvereinbarung, die eine Überarbeitung des Landesrichtergesetzes vorsieht.



Foto: Landtag M-V

Am 19. Juni übergaben Vertreterinnen und Vertreter der Volksinitiative „Für den Erhalt einer bürgernahen Gerichtsstruktur in Mecklenburg-Vorpommern“ 35.000 Unterschriften an Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider. Ihre Forderung: der Landtag solle sich sehr kritisch mit den Gerichtsstrukturplänen des Justizministeriums auseinandersetzen und einer Schließung einzelner Gerichtsstandorte nur zustimmen, wenn die Präsenz der Justiz in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern erhalten bleibt.

Dabei werde die Beteiligung der Richter und Staatsanwälte festgeschrieben werden. „Für mich entscheidend ist dabei, die Richter vor politischer Einflussnahme zu schützen und die Unabhängigkeit der Justiz zu gewährleisten“, hob die Abgeordnete hervor.

Ihre Fraktion werde den Vorschlag der Bündnisgrünen unterstützen, bekräftigte **Barbara Borchardt** (DIE LINKE). Die Forderungen der Oppositions-Fraktion sind in ihren Augen ein erster Schritt zur wirklichen Unabhängigkeit der Justiz. „Rechtstaatlichkeit braucht Gewaltenteilung“, sagte sie. Und richterliche Unabhängigkeit sei eine Voraussetzung dafür. Die Mitbestimmung bei Personalfragen gehöre dazu. Dennoch geht ihr der Antrag nicht weit genug, wie sie sagte. Auch die Budgethoheit müsse in die Hände der Justiz gelegt werden, forderte sie. Gegenwärtig würde das Ministerium die Mittel zuteilen.

Die Selbstverwaltung der Justiz ist nach Ansicht des CDU-Politikers **Andreas Texter** der falsche Weg. „Wie soll eine selbstverwaltete Justiz ihre Haushaltsinteressen am Kabinetttisch durchsetzen?“, fragte er. Wenn sich die Justiz mit Verwaltungsaufgaben und Haushaltsfragen beschäftigen muss, dann leidet die Rechtsprechung darunter, prophezeite der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion. Er wandte sich auch gegen den Prüfauftrag der Grünen an die Landesregierung.

David Petereit (NPD) signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion zu dem Antrag. Die Justiz sei noch längst nicht unabhängig. Unabhängige Richter und Staatsanwälte seien oft auch unbequem, sagte er. Das hat seiner Meinung nach Einfluss auf Personalentscheidungen, die auch politisch geprägt sind.

Die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und NPD stimmten dem Vorschlag zu, der jedoch mehrheitlich abgelehnt wurde.

Drucksache 6/797

Flächenverbrauch eindämmen

Landtag will Flächen für Landwirtschaft sichern

In Deutschland wird Platz immer rarer. Das spürt vor allem die Landwirtschaft. Bundesweit gehen täglich rund 90 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche durch den Bau von Straßen, Wohnsiedlungen oder andere Eingriffe verloren. Das soll sich ändern. Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, den täglichen Flächenverbrauch auf 30 Hektar zu reduzieren. Auch Mecklenburg-Vorpommern sieht Handlungsbedarf. Der Landtag stimmt am 22. Juni einem Antrag der Koalitionsfraktionen von SPD und CDU zu, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, den Verbrauch von land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen drastisch einzudämmen.

Der Schutz des Bodens sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, sagte der CDU-Abgeordnete **Heino Schütt**, der den Antrag im Landtag begründete. In Mecklenburg-Vorpommern hat sich seinen Angaben nach die landwirtschaftliche Nutzfläche seit 1992 um rund 50.000 Hektar verringert. Das Land müsse dem Entzug von landwirtschaftlichen Flächen durch neue Siedlungen und andere Infrastrukturmaßnahmen Einhalt gebieten. Zudem dürfe die Revitalisierung von Brachflächen nicht vernachlässigt werden. Die Koalitionsfraktionen forderten den Landtag auf, nach Möglichkeiten der Reduzierung des Flächenverbrauchs zu suchen und den Landtag bis kommenden Sommer über das Ergebnis zu informieren.

Jeder Hektar, der verbaut oder versiegelt wird, gehe für die Ernährungssicherung und den Anbau nachwachsender Rohstoffe unwiderruflich verloren, warnte auch der agrarpolitische Sprecher der Linken, **Prof. Dr. Fritz Tack**. In Mecklenburg-Vorpommern wird seinen Angaben nach täglich eine Fläche in der Größe von zehn Fußballfeldern der Nutzung entzogen. Allein schon wegen der Generationengerechtigkeit müsse mit der wichtigen Ressource Boden behutsam umgegangen werden. In einem Änderungsantrag forderte seine Fraktion, dass die Landesregierung ein Bodenschutzprogramm vorlegt und damit konkrete Vorschläge ausarbeitet. „Im Land haben wir rund 6.500 brachliegende Grundstücke mit abrisssreifen Gebäuden. Die Flächen bergen ein erhebliches Renaturierungspotenzial“, wies Agrar- und Umweltminister **Dr. Till Backhaus** auf einen besonderen Aspekt hin. Sein Ministerium habe dafür das Konzept zur „Sanierung devastierter Flächen in ländlichen Räumen“ erarbeitet, das seit 2010 wirksam sei. Bislang seien 43 Objekte zurückgebaut worden. Die dafür bereitgestellten Mittel von bisher einer Million Euro pro Jahr seien auf 1,5 Millionen aufgestockt worden. Die beräumten Flächen sollen unter anderem verstärkt als Kompensation für Baumaßnahmen genutzt werden.

Dr. Ursula Karlowski (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) kritisierte die ihrer Meinung nach mangelhafte Bereitschaft der Landesregierung, aktiv gegen den hohen Verbrauch von Landflächen vorzugehen. „Wir wollen konkrete Handlungsempfehlungen, wie die Flächen-Neu-Versiegelung in Mecklenburg-Vorpommern zurückgefahren werden kann. Aber das steht hier nicht“, sagte sie mit Hinweis auf den Antrag von SPD und CDU. Flächen werden ihrer Meinung nach nur geschont, wenn weniger Straßen, weniger Eigenheimgebiete im Außenbereich und weniger Großgewerbegebiete auf der grünen Wiese gebaut werden. Der Zuwachs an Verkehrsfläche ist ihren Angaben nach die wesentliche Ursache für den Verlust an Böden und an landschaftlichem Freiraum. Ihre Fraktion forderte in einem Änderungsantrag die Landesregierung auf, „einen ressortübergreifenden Maßnahmenkatalog vorzulegen“ und den täglichen Flächenverbrauch bis 2015 von jetzt rund sieben auf drei Hektar zu senken. Diesem Änderungsantrag werde seine Fraktion nicht zustimmen, sagte der agrarpolitische Sprecher der SPD im Landtag, **Thomas Krüger**. Sich auf Zahlen festzulegen, mache keinen Sinn. Dagegen seien die Forderungen der Linken eine gute Ergänzung zum Antrag der Koalition. Es sei wichtig, den Verbrauch von Ackerflächen zu reduzieren. Er verwies auch auf das Konzept aus dem Landwirtschaftsministerium, brachliegende Grundstücke zur Renaturierung zu nutzen. Der Landtag erwarte, dass die Landesregierung dem Parlament die Ergebnisse der Untersuchung bis zum Juli 2013 vorlegt, wie im Antrag gefordert.

Die agrarpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, **Beate Schlupp**, sieht in der Begrenzung des Flächenverbrauchs ein wichtiges Thema für die Landespolitik. Sie verwies auf eine Petition des Bauernverbandes, der sich gegen den Entzug landwirtschaftlicher Flächen wendet. Die Ausgleichsregelungen nach dem Landesnaturschutzgesetz gehören ihrer Meinung nach auf den Prüfstand. Der Antrag der Koalitionsfraktionen sei ein wichtiger Baustein, um den Entzug von landwirtschaftlicher Fläche zu stoppen. Der Landtag stimmte dem Antrag der Koalitionsfraktionen SPD und CDU mit den Änderungen aus dem Antrag der Linken zu. Der Änderungsantrag der Grünen fand keine Mehrheit im Parlament.

Antrag SPD/CDU-Koalition *Drucksache 6/824*

Änderungsantrag DIE LINKE *Drucksache 6/939*

Änderungsantrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN *Drucksache 6/948*



Foto: Jens Büttner

Die landwirtschaftliche Nutzfläche in Mecklenburg-Vorpommern hat sich seit 1992 um rund 50.000 Hektar verringert.

Weitere Beschlüsse des Landtages

Vergabegesetz beschlossen

Firmen, die für das Land arbeiten, müssen künftig ihren Beschäftigten mindestens 8,50 Euro in der Stunde zahlen. Der Landtag beschloss am 21. Juni das lange diskutierte Vergabegesetz mit breiter Mehrheit. Mit dem Gesetz soll ein Signal gegen Dumpinglöhne gesetzt werden. Neben den Koalitionsfraktionen SPD und CDU stimmten auch große Teile der Opposition zu. Bei der Linken gab es eine Enthaltung. Gegen das Vergabegesetz stimmte die rechtsextreme NPD.

Drucksache 6/721

Die oppositionelle Linke hat einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt, der zehn Euro je Stunde vorschreibt und auch die Kommunen zur Einhaltung dieser Maßgabe verpflichtet. Der Gesetzentwurf fand keine Mehrheit.

Drucksache 6/726

Staatsvertrag für Glücksspiele

Der Landtag hat am 21. Juni dem Glücksspiel-Staatsvertrag zugestimmt. Er soll am 1. Juli in Kraft treten. Voraussetzung ist, dass mindestens 13 der 16 Bundesländer bis dahin Ja gesagt haben. Der Staatsvertrag sieht eine Liberalisierung des Sportwettenmarktes vor. Das Lottomonopol soll indes beim Staat verbleiben. Für Casinospiele einschließlich Poker soll auch in Zukunft die Begrenzung des Angebots auf Spielbanken gelten. Neben dem Staatsvertrag beschloss der Landtag mit den Stimmen der Koalition auch ein Ausführungsgesetz für das Land.

Drucksachen 6/552, 6/838, 6/553, 6/839

Ausbau der Hafenzufahrten

Die Zurückstellung des seit langem geplanten Ausbaus der Hafenzufahrten in Rostock und Wismar durch den Bund stößt in Mecklenburg-Vorpommern auf breiten Widerstand. Mit großer Mehrheit forderte der Landtag am 21. Juni, zügig das nötige Baurecht zu schaffen. Verkehrsminister Volker Schlotmann sagte, die Notwendigkeit der Hafenvertiefungen sei nachgewiesen. Doch wegen fehlender Mittel wolle der Bund die Projekte auf die Zeit nach 2015 verschieben, obwohl wichtige Gutachten bereits erstellt seien. Dies will das Land nicht hinnehmen.

Drucksache 6/758

Aufgaben für Kreise neu verteilt

Mit der Kreisreform müssen auch Aufgaben aus dem Geschäftsbereich der Landesregierung kommunalisiert werden. Insbesondere handelt es sich dabei um die Aufgaben des Immissionsschutzes und der Abfallwirtschaft, die Gewährung von Leistungen nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz sowie die Aufgaben des überörtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe. Die gesetzlichen Aufgabenübertragungen auf kommunale Körperschaften traten im Wesentlichen am 1. Juli 2012 in Kraft. Der Landtag hat das entsprechende Gesetz am 20. Juni verabschiedet.

Drucksache 6/559

Kernenergiebeirat gefordert

Die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE haben die Landesregierung aufgefordert, unverzüglich den Kernenergiebeirat des Landes neu zu berufen. Dies habe der Innenminister bereits im Februar zugesagt, aber nicht umgesetzt. Die Bevölkerung habe das Recht, über die Vorgänge in und um die Energiewerke Nord und das Zwischenlager Nord aufgeklärt zu werden. Das Thema müsse bald eingehend auf Landesebene diskutiert werden. Der Kernenergiebeirat sei geschaffen worden, um genau diese Fragen behandeln zu können, hieß es zur Begründung. Der Antrag wurde auf der Landtagssitzung am 21. Juni abgelehnt.

Drucksache 6/796

NPD scheidet mit Eilantrag

Die Mitglieder der demokratischen Landtagsfraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnten die von der NPD-Fraktion in einem Dringlichkeitsantrag eingebrachte Rücktrittsforderung an Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider geschlossen ab. Peter Ritter (DIE LINKE), der auch im Namen der anderen Fraktionen auf den NPD-Antrag einging, warf der NPD vor, es gehe ihr um eine Generalabrechnung mit der Landtagspräsidentin, die sich seit Jahren für Demokratie und Toleranz einsetze und konsequent gegen Rechtsextremismus eintrete. Die amtierende Sitzungspräsidentin Beate Schlupp erteilte während der Debatte mehrere Ordnungsrufe gegen NPD-Abgeordnete wegen Beleidigung.

Drucksache 6/953

Udo Pastörs verurteilt

Wegen Verunglimpfung der Opfer der Nazidiktatur und Verleumdung hat das Amtsgericht Schwerin am 16. August den Fraktionsvorsitzenden der NPD-Landtagsfraktion Udo Pastörs zu acht Monaten Haft auf Bewährung und einer Geldstrafe von 6000 Euro zugunsten der Schweriner Stadtbibliothek verurteilt.

Die Richter sahen es als erwiesen an, dass Pastörs in einer Parlamentsdebatte im Januar 2010 die Opfer des Holocaust beschimpft und verächtlich gemacht und die Überlebenden verleumdet hat. Mit dem Strafmaß schloss sich das Gericht der Forderung der Staatsanwaltschaft an. Die Verteidigung hatte auf Freispruch plädiert. Sie machte u.a. geltend, dass Abgeordnete durch die sogenannte Indemnität davor geschützt seien, für Äußerungen im Parlament gerichtlich belangt zu werden. „Verleumderische Beleidigungen“ sind aber von der Straffreiheit ausgenommen.

Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Pastörs Verteidigung kündigte Berufung an.

Ausschuss der Regionen

Detlef Müller vertritt Landesinteressen in Brüssel

EUROPÄISCHE UNION



Ausschuss der Regionen

Die von der EU-Kommission vorgeschlagene Neuordnung der Vergabe von Konzessionen stand im Zentrum der Beratungen der Plenartagung des EU-Ausschusses der Regionen am 18. und 19. Juli in Brüssel. Der Vorsitzende des Europa- und Rechtsausschusses Detlef Müller nahm als Vertreter des Landes im AdR an den Beratungen teil.

Mit über vierzig Änderungsanträgen hatten unter anderem die Vertreter der deutschen kommunalen Spitzenverbände versucht, Anpassungen im Interesse der kommunalen Ebene bei der Neuordnung des Vergaberechts zu erreichen. Mit Erfolg. So sollen nach Auffassung des AdR nun unter anderem die Wasserversorgung, der Rettungsdienst und der Katastrophenschutz von der Neuordnung des Vergabewesens ausgenommen werden. **Detlef Müller** dazu: „Wir haben einen wichtigen Teilerfolg erzielt. Die geplante Neuregelung ist nicht erforderlich. Bereits jetzt werden die Konzessionen nicht im rechtsfreien Raum vergeben. Allerdings haben die Beratungen gezeigt, dass wir uns mit einer kompletten Ablehnung in Europa nicht werden durchsetzen können. Umso bedeutsamer ist es, dass nun der AdR dafür plädiert, dass die

für uns und unsere Kommunen wichtigen Bereiche der Daseinsvorsorge – die Wasserversorgung, die Rettungsdienste und der Katastrophenschutz – von dem Anwendungsbereich der geplanten EU-Richtlinie ausgenommen werden sollen.“ Ein weiteres Thema war die Regionalförderung der EU für die neue Förderperiode 2014 bis 2020. Mehr als 1000 Milliarden Euro will die EU-Kommission in diesem Zeitraum ausgeben. Für Mecklenburg-Vorpommern ist die EU-Förderung von herausragender Bedeutung. In der Förderperiode 2007 bis 2013 hatte das Land aufgrund seiner Entwicklungsrückstände im Vergleich zum EU-Durchschnitt als sogenannte Konvergenzregion rund 2,6 Milliarden Euro aus Brüssel erhalten. Beim Thema Ausbau der transeuropäischen Energieinfrastruktur wurde die geplante unterirdische Speicherung von Kohlendioxid (CCS-Technologie) in der endgültigen AdR-Stellungnahme vorerst auf Eis gelegt. Die EU-Kommission hat in ihrem Verordnungsvorschlag die Einführung der Technologie bis 2020 befürwortet, Mecklenburg-Vorpommern hat sich im AdR strikt dagegen ausgesprochen. Erst im Mai hatte der Landtag mit einem eigenen Landesgesetz die unterirdische CO₂-Einlagerung in Mecklenburg-Vorpommern verboten.

Studenten aus Minneapolis im Landtag zu Gast



Foto: Landtag M-V

Im Rahmen ihrer Studienreise durch Deutschland besuchten am 11. Juni zwölf US-amerikanische Studenten der Universität Minnesota aus Minneapolis den Landtag. Sie informierten sich hier über das föderale System in Deutschland, die Aufgaben, Organisation und Zusammensetzung des Landtages M-V sowie über die Geschichte des Schweriner Schlosses. In Gespräch mit dem Vorsitzenden des Energieausschusses Rudolf Borchert (Bildmitte) ging es vor allem um Fragen der Energiepolitik sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene.

Cyberkriminalität

Skimming, Phishing, Hacking, Cyber-Grooming – Was ist das?

Der Innenausschuss hat sich in seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause am 16. August mit dem Thema „Cyberkriminalität“ befasst. Anlass war die Unterrichtung durch die Landesregierung zu den europarechtlichen Schwerpunkten im Jahr 2012 (LT-Drs. 6/330), in der das Innenministerium die Bekämpfung der Computer- und Internetkriminalität als einen Aufgabenschwerpunkt der Landespolizei benannt hat.



Foto: Cornelius Kettler

Anhörung im Innenausschuss zum Thema Cyberkriminalität.

Das Bundeskriminalamt, die Landeskriminalämter M-V und NRW, aber auch die Gewerkschaft der Polizei und der Bund der Kriminalbeamten sprachen von einer „ganz neuen Herausforderung für die Polizei und die Justiz“. Man brauche speziell geschultes Personal, denn Cybercrime werde in Zukunft dramatisch an Bedeutung gewinnen. Große Einigkeit bei allen Sachverständigen bestand darüber, dass das Hauptaugenmerk auf die Aufklärung und die Prävention gelegt werden müsse. Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche, aber auch Senioren müssten geschaffen werden. „Denn die Prävention ist wichtig und der einzig erfolgversprechende Weg beim Kampf gegen Straftaten im Internet“, so Ingolf Mager vom LKA M-V. Der Vorsitzende des Innenausschusses **Marc Reinhardt** stimmte ihm zu und forderte, dass auch die Schulen diesen Bildungsauftrag annehmen und auf die Gefahren des Internets hinweisen müssten. Kontroverser diskutiert wurde die Frage der Vorratsdatenspeicherung. Diese wird zum Teil als durchaus geeignetes Mittel bei der Verfolgung von Straftaten im Internet gesehen. Andererseits warnten gerade der Chaos Computer Club und auch der Landesdatenschutzbeauftragte davor, die Bekämpfung der Internetkriminalität zu Lasten der Grundrechte der Telekommunikationsnutzer zu führen: „Weitere Grundrechtseingriffe durch anlasslose Überwachungsmaßnahmen im Netz können, auch vor dem Hintergrund des Missbrauchsrisikos, nicht in Kauf genommen werden.“ Die Unterstützung der kommunalen Präventionsräte, die per-

sonelle und technische Anpassung der Ausstattung der Polizei und die Erarbeitung von Bildungsangeboten sowie eine Harmonisierung internationaler Rechtsvorschriften im Bereich des Strafrechts sind weitere Schritte, die zum Schutz der Internetnutzer beitragen können.

Nachhaltigkeit und Energieeffizienz

BSPC-Arbeitsgruppe beriet in Riga

Der Abgeordnete Jochen Schulte vertrat am 8. Juni in Riga den Landtag beim dritten Treffen der Arbeitsgruppe „Nachhaltiges Wachstum und Energieeffizienz“ der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC). Die Arbeitsgruppe erarbeitet politische Empfehlungen für die 21. Konferenz der Ostseeparlamentarier, die vom 26. bis 28. August in St. Petersburg stattfindet.

So wollen die Volksvertreter das Bewusstsein zu energieeffizientem Handeln steigern, die Finanzierung für Energieeffizienzmaßnahmen fördern, sich für bindende Effizienzziele einsetzen und die öffentliche Auftragsvergabe nachhaltig gestalten. Einen Schwerpunkt soll der Gebäudesektor darstellen.

In diesem Zusammenhang verwies **Jochen Schulte** auf die Bedeutung der öffentlichen Auftragsvergabe bei der Schaffung eines Marktes für nachhaltige Produkte sowie ein entsprechendes Gesetzgebungspaket der EU zum Vergaberecht. Der öffentliche Sektor solle vorangehen und die Nachfrage nach nachhaltigen Produkten stärken. Allerdings dürfe nicht blind in scheinbar „grüne“ Produkte investiert werden, vielmehr müsse eine gesamtwirtschaftliche Analyse betrieben und es müssten die Lebenszykluskosten eines Produktes berücksichtigt werden.

P+S Werften

Am 23. August befassten sich sowohl der Wirtschaftsausschuss als auch der Finanzausschuss mit der aktuellen Situation der von Insolvenz bedrohten P+S Werften in Stralsund und Wolgast. Gemäß § 43 Ziffer 3 der Geschäftsordnung des Landtages werden der Ministerpräsident und der Minister für Wirtschaft, Bau und Tourismus das Parlament zu Beginn der Plenarsitzung am 29. August über die aktuelle Situation der P+S-Werften unterrichten. Nach der Kabinettsitzung am 21. August hatte Ministerpräsident Erwin Sellering erklärt, die Landesregierung wolle die Suche nach Investoren für die Werftstandorte gemeinsam mit dem Bund unterstützen. Die P+S-Werften gehören zu den größten Arbeitgebern in Mecklenburg-Vorpommern.

Sommergäste im Landtag



Fotos: Landtag M-V

Jugend-Workcamp im Malchow

Rund 30 junge Leute aus acht europäischen Nationen waren beim Internationalen Workcamp des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge in Malchow dabei. Im Rahmen ihres vielseitigen Bildungs- und Erlebnisprogramms besuchten sie am 31. Juli auch den Landtag. Dabei übergaben sie über 600 gesammelte rote Handabdrücke gegen den Missbrauch von Kindern als Soldaten.

Vom 18. Juli bis 2. August hatten die Schüler und Studenten aus Deutschland, Polen, Tschechien, Rumänien, Russland, Weißrussland, Italien und der Ukraine den verfallenen Soldatenfriedhof in Malchow gepflegt. Hier sind sowjetische Soldaten begraben, die gegen Kriegsende in der Müritzregion gefallen waren. Am 27. Juli hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workcamps in der Malchower Innenstadt über die Aktion „Rote Hand“ des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge informiert. Diese Aktion setzt sich gegen den Missbrauch von Kindern als Soldaten ein. Seit 2007 ist die Aktion Rote Hand von der International Coalition against the use of child soldiers weltweit verbreitet worden. Ihren Handabdruck gaben auch Hunderte Malchower und Touristen und unterstützen damit das Anliegen. www.aktion-rote-hand.de



lern aus der ganzen Welt, die der Pädagogische Austauschdienst der deutschen Kultusministerkonferenz zu einem vierwöchigen Aufenthalt nach Deutschland eingeladen hat. Hierfür hatten sie sich bei Deutschwettbewerben in ihren Heimatländern qualifiziert. Im Rahmen des „Internationalen Preisträgerprogramms“ werden die Jugendlichen zwei Wochen in den Bundesländern betreut, nehmen hier am Unterricht einer Gastschule teil und wohnen bei Mitschülern. Vor dem Familienaufenthalt hatten sie bereits eine fünftägige Exkursion nach Köln/Bonn unternommen. Zum Abschluss besuchten sie Berlin und München.

Schüler auf Zeit in Schwerin

Am 10. August besuchten Jugendliche aus Russland, Polen, Irland, Kanada, der Türkei und Deutschland das Schweriner Schloss. Die „Schüler auf Zeit“ des Schweriner Gymnasiums Fridericianum informierten sich über die Arbeit des Landesparlaments und lernten bei einem Rundgang den wohl schönsten Landtagsitz Deutschlands kennen. Die Gäste gehören zu den insgesamt rund 500 Schülerinnen und Schü-

UNESCO-Welterbe

Die Landesregierung hat fristgerecht der Kultusministerkonferenz (KMK) zwei potenzielle Welterbe-Kandidaten aus Mecklenburg-Vorpommern für die Fortschreibung der deutschen Vorschlagsliste (Tentativliste) gemeldet: das Residenzensemble Schwerin mit dem Schloss und das Doberaner Münster. Die Tentativliste dient als Grundlage für künftige Nominierungen Deutschlands für die UNESCO-Liste des Kultur- und Naturerbes der Welt.

Landtag vor Ort



Landtagsabgeordnete und Landtagsverwaltung warben gemeinsam für die freiheitlich-demokratische Grundordnung. (Links Ministerpräsident Erwin Sellering in Stralsund, rechts Landtagsabgeordneter Heinz Müller in Pasewalk mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung).

Mecklenburg-Vorpommern-Tag

Am letzten Juni-Wochenende hieß es zum 10. Mal: Herzlich willkommen zum Mecklenburg-Vorpommern-Tag. Gastgeber war diesmal die Hansestadt Stralsund. Auch der Landtag war beim Landesfest dabei und unterstützte mit seinem Auftritt auch die landesweite Demokratie-Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“.

Erstmals startete der MV-Tag schon am Freitag mit einer großen Opening-Party und dauerte damit drei Tage. Neu war auch das „Wissenschaftsfestival“, das im Stadthafen zu einer Entdeckungsreise durch die Forschungs- und Hochschullandschaft des Landes einlud. Der bunte Mix aus Information, Spaß und Unterhaltung für die ganze Familie lockte rund 80.000 Gäste in die Welterbe-Stadt am Strelasund. Auf der Landesmeile lud auch der Landtag mit einem eigenen Zeltauftritt zu Information, Diskussion und Mitmachaktionen ein.

Im Mittelpunkt stand die Begegnung mit Landtagsabgeordneten. Vertreter aller vier demokratischen Landtagsfraktionen waren vor Ort, informierten über ihre Arbeit, beantworteten Fragen der Besucher und nahmen Hinweise, Kritik und Anregungen entgegen. Auch der Bürgerbeauftragte des Landes Matthias Crone stand als Ansprechpartner zur Verfügung. Darüber hinaus informierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung über Aufgaben, Zusammensetzung und Arbeitsweise des Landesparlaments. Die Besucher konnten ihr Wissen bei einem Quiz testen und sich zur Erinnerung vor dem Hintergrund des Schweriner Schlosses fotografieren lassen.

Den Mecklenburg-Vorpommern-Tag gibt es seit dem Jahr 2000. Das große Landesfest findet alle zwei Jahre statt, der Austragungsort wechselt zwischen den beiden Landesteilen Mecklenburg und Vorpommern. Den größten Besucherandrang gab es 2004 mit 100.000 Gästen in Rostock. Der nächste MV-Tag findet 2014 in Neustrelitz statt.

Stadtfest in Pasewalk

Vorpommern ist kein Ort für Neonazis! Das demonstrierten am 11. August mehr als 2000 Bürgerinnen und Bürger aus Pasewalk und Viereck zusammen mit Unterstützern aus der ganzen Bundesrepublik und aus Polen.

Auf einer viereinhalb Kilometer langen Meile und dem Stadtfest warben sie für Weltoffenheit und für Demokratie und setzten ein Zeichen gegen die Versammlung von Rechtsextremen nahe Viereck.

Unter dem Motto „Landtag vor Ort“ beteiligte sich der Landtag am Stadtfest in Pasewalk. Auf dem Pasewalker Markt standen Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, weitere Abgeordnete des Landesparlaments sowie Mitarbeiter der Landtagsverwaltung für Gespräche zur Verfügung. Besucher des Landtagsstandes konnten sich über die Arbeit des Landesparlaments und seiner Ausschüsse informieren und bei einem Quiz nicht nur ihr politisches Wissen testen, sondern auch attraktive Preise gewinnen. Mit seinem Auftritt reihte sich der Landtag in die Aktivitäten der landesweiten Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ ein.

Landtag vor Ort

Die Aktion „Landtag vor Ort“ ist Teil der landesweiten Aktionen der überparteilichen Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“. Das Bündnis für Demokratie, Toleranz und Vielfalt war Anfang 2008 auf Initiative der Vereinigung der Unternehmensverbände, des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), der evangelischen und der katholischen Kirche sowie – stellvertretend für alle demokratischen Fraktionen – der Landtagspräsidentin gegründet worden. Mit inzwischen mehr als 1.300 Unterstützern setzt sich die Initiative für zivilgesellschaftliches Engagement sowie ein demokratisches, weltoffenes und tolerantes Mecklenburg-Vorpommern ohne Rassismus und ohne Extremismus ein.

www.wir-erfolg-braucht-vielfalt.de



Zur Untersuchung der Bausubstanz wurden im Festsaal zunächst die Stuhlreihen ausgebaut und die Einbauten abgebrochen.

Neuer Plenarsaal

Sondierungsabriss im Festsaal hat begonnen

Im Festsaal des Schweriner Schlosses, der zum künftigen Plenarsaal des Landtages umgebaut werden soll, haben Ende Juni die Bauarbeiten begonnen. Zunächst haben Mitarbeiter der Landtagsverwaltung die Stuhlreihen ausgebaut, dann wurden die Wandverkleidungen abgebrochen. Baufachleute untersuchen nun das freigelegte Mauerwerk und sämtliche tragenden Elemente, um detaillierte Aussagen zum Bauzustand der Mauern und Decken treffen zu können. Dieser Sondierungsabriss ist wichtige Voraussetzung für vorzunehmende statische Berechnungen sowie eine möglichst präzise Kalkulation der Baukosten.

Es geht unter anderem darum, die Qualität des Mauerwerks zu bestimmen und auch Unsicherheiten hinsichtlich des in der Vergangenheit verbauten Materials auszuräumen. Dazu werden an verschiedenen Stellen unter anderem Bohrkerne entnommen. Auch in dem an den Festsaal angrenzenden Pressezentrum des Landtages wurde gearbeitet. Der Raum wird durch die Rückwand des ehemaligen Goldenen Saales begrenzt. Eine vorgelagerte Mauer wurde an verschiedenen Abschnitten aufgebrochen, um diese Rückwand begutachten zu können. Dabei wurden Rußspuren gefunden, die aus der Zeit des Schlossbrandes im Jahr 1913 stammen. Untersuchungen der Bausubstanz erfolgten in der parlamentarischen Sommerpause auch im Plenarsaal sowie in der Parlamentslobby. Gearbeitet wird zudem im 6. Obergeschoss des Schlosses. Hier werden Trennwände zurückgebaut, um

auch dort den Bauzustand freizulegen und die Ergebnisse in die so genannte Ausführungsplanung einfließen zu lassen. Der Abtransport des Schutts erfolgt über einen Gerüstturm auf der Südseite des Schlosses. So bleibt das Treppenhaus des Museumsbereichs von den aktuellen Arbeiten unbeeinträchtigt.

Im September sollen die Voruntersuchungen abgeschlossen werden. Zu den ersten Ergebnissen der Arbeiten erklärt Landtagsdirektor Armin Tebben: „Bisher sind noch keine Risiken sichtbar geworden, die wir nicht einkalkuliert hätten.“

Für die gesamte Baumaßnahme, zu der insbesondere die Grundsanierung des Schlossgartenflügels und der Umbau des Festsaales zum Plenarsaal zählen, sind derzeit ca. 21,5 Millionen Euro vorgesehen. Rund die Hälfte davon ist für die statische Instandsetzung und somit den Erhalt der Substanz des Schlossgarten- und Burgseeflügels notwendig. Diese Gelder müssen, unabhängig von dem Plenarsaalumbau, aufgewendet werden, um das Schweriner Schloss als bedeutendes Baudenkmal erhalten zu können. Für den Umbau des Festsaales zu einem Plenarsaal sowie den Einbau eines Konferenzbereiches sind etwa 7 Millionen Euro veranschlagt. Für die Gesamtmaßnahme kommen ca. 4,5 Millionen Euro für die Verbesserung der öffentlichen Nutzung sowie Nebenkosten, wie zum Beispiel Prüfungen und Genehmigungen, hinzu. Schließlich wird eine Reserve von ca. 4,5 Millionen Euro eingeplant, um bei Bedarf auf im Moment nicht kalkulierbare Risiken und Unwägbarkeiten infolge des Schlossbrandes von 1913 und der verschiedensten Umbauten reagieren zu können. Insgesamt werden somit ca. 70 Prozent der Mittel in den Erhalt des Gebäudes, das heißt in denkmalpflegerische Leistungen, investiert.

Foto: Rinderzuchtverband M-V



Foto: Landtag M-V



Foto: Cornelius Kettler



Foto: Rainer Cordes



(Adressfeld für Abonnenten)

▶ Auf der 2. Pommernschau des Rinderzuchtverbandes M-V präsentierten am zweiten August-Wochenende in Rothenklempenow die besten Züchter ihre Spitzenkühe der Rasse „Deutsche Holsteins“. Vor begeisterten Zuschauern aus Mecklenburg-Vorpommern und dem Nachbarland Polen stellten auch Jungzüchter im Alter von 8 bis 25 Jahren ihr Können unter Beweis. Hier gratulieren Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider (re.) und Dr. Sabine Krüger vom Rinderzuchtverband M-V Jungzüchterin Christina Augustin.

▶ Bei ihrem Besuch im Schweriner Schloss am 31. Juli übergaben Jugendliche aus acht europäischen Ländern über 600 rote Handabdrücke gegen den Einsatz von Kindersoldaten an den Landtag. Wolf-Dieter Ringguth, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion, begrüßte die Jugendlichen am Sitz des Parlaments und nahm die Mappe mit den Handabdrücken entgegen. Ringguth würdigte den Einsatz der jungen Leute und ermutigte sie, sich auch künftig für Völkerverständigung und ein friedliches Miteinander einzusetzen. Er werde die Rote-Hände-Mappe an Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider übergeben.

▶ Bei der Verabschiedung der Sportler aus M-V zu dem Olympischen Spielen war auch Zeit für dieses Strandkorb-Foto. Landtags-Vizepräsidentin Silke Gajek wünschte Stabhochspringerin Martina Strutz viel Erfolg. Die Vize-Europameisterin wurde in London Fünfte und hat angekündigt, bis zu den nächsten Olympischen Spielen weiterzumachen und in Rio de Janeiro erneut nach einer Olympia-Medaille zu greifen. Nach Angaben der Staatskanzlei hatten sich aus Mecklenburg-Vorpommern 14 Sportler für die Olympischen Spiele und drei für die Paralympics qualifiziert.

▶ Unter den knapp 500 Gästen beim diesjährigen Sommerfest des Landtages waren auch diese „Hoheiten“: junge Frauen, die ein Jahr lang als Rosenkönigin, Lichterfestprinzessin oder Bernsteinkönigin für ihre Region und für M-V werben. Mit den Einnahmen aus Wertmarkenverkauf und Tombola unterstützt der Landtag Freizeit- und Kulturangebote im ländlichen Raum. 2806 Euro erhält der von der Volkssolidarität Greifswald-Ostvorpommern e.V. getragene mobile Jugendclub „Inselhopper“ auf Usedom für den Bau einer Skaterbahn. Die Tombola erbrachte 2054,70 Euro, die dem Projekt „Starke Stücke“ zugutekommen, mit dem die FilmLand M-V gGmbH und die Ev.-Luth. Kirche in Norddeutschland auch in diesem Jahr in alten Dorfkirchen Kinofilme zeigen und zu Gesprächen anregen wollen.